

Volksrecht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn — 0.45 Reichsmark, monatlich 1.35 Reichsmark + 35 Pfennig, Trägerlohn — 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738. Postfachkonto: Breslau 5532. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummern 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummern 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 8. Juni 1932

Nr. 132

Der Vorstoß der Nazi-Barone gegen Preußen

Uebergehen der Preußenregierung verfassungswidrig Finanzverhandlungen zwischen Reich und Preußen gescheitert Papens Einmischung in die preussische Regierungsfrage gescheitert

Der Schattenkanzler des Kabinetts der Nazi-Barone, Herr von Papen, hat den Präsidenten des Preussischen Landtags, Kerrl, brieflich um die baldige Einberufung des Landtages ersucht. Trotz seiner Feindschaft gegen die „Parlamentarische Demokratie“ wünscht er in Preußen möglichst bald eine parlamentarische Regierung, weil ihm das Gesicht der gegenwärtigen geschäftsführenden Regierung Dixieleser nicht paßt. Die Nazi-Barone haben mit ihrem Brief einen äußerst bedenklichen Weg beschritten, einen Weg, der mit Gesetz und Verfassung geradezu unvereinbar ist.

Das Reich hat nicht mit den Landtagen der einzelnen Länder bzw. mit deren Präsidenten zu verkehren, sondern ausschließlich mit deren Regierungen. Daß die preussische Regierung derzeit nur eine geschäftsführende ist, enthebt auch den Schattenkanzler der Nazi-Barone in keiner Weise der Verpflichtung, seine Wünsche und die seiner Auftraggeber bezüglich Preußen an die geschäftsführende Regierung, und nur an sie, zu richten. Der Zustand geschäftsführender Minderheitsregierungen, die nur deshalb nicht ersetzt werden können, weil keine arbeitsfähige Koalitionsmehrheit vorhanden ist, die einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen vermag, besteht in Preußen erst seit den Neuwahlen. Aber ein ähnlicher Zustand herrscht schon seit Monaten, ja zum Teil sogar schon seit Jahren, in einer ganzen Reihe von anderen Ländern, so in Bayern, in Sachsen, in Hessen, in Hamburg und in Württemberg. Noch nie ist es einer Reichsregierung eingefallen, bei ihrem Verkehre mit diesen Ländern die geschäftsführenden Regierungen zu übergehen und sich etwa an die Präsidenten der Länderparlamente zu wenden. Wenn die von der Schwerindustrie ausgehaltene „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die neuerdings als offizielles Blatt der Nazi-Barone angesprochen werden darf, trotzdem den traurigen Mut hat, den Schritt der Nazi-Barone damit zu begründen, daß der Landtagspräsident gegenwärtig die „einzige verfassungsmäßig vollgültige Stelle“ in Preußen sei, so ist das ebenso dreist wie unwahr. Einmal ist Herr Kerrl nur auf vier Wochen gewählt, und es hängt schließlich von den Kommunisten ab, ob er in vierzehn Tagen als Landtagspräsident bestätigt wird. Aber ganz abgesehen davon, stellt die Besart der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Verstoß dar, die Verfassungsmäßigkeit der geschäftsführenden Regierung Preußens zu verneinen und damit auch die Verfassungsmäßigkeit der gegenwärtigen Regierungen Bayerns, Sachsens usw.

Die Regierung der Nazi-Barone, hinter der überhaupt nichts steht, jedenfalls viel weniger, als hinter irgend einer geschäftsführenden Landesregierung, hat am allerwenigsten das Recht, sich aufs hohe Ross zu setzen, zumal ihre eigene Entstehung zumindet mit dem Geiste der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Der Konflikt, den sie im Begriffe steht, nicht nur mit Preußen, sondern mit den meisten deutschen Ländern heraufzubeschwören, kann unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Das preussische Staatsministerium hat gegen den Schritt Papens bei Kerrl bereits schärfste Verwehruug eingelegt.

Der eigentliche Zweck des Briefes der Nazi-Barone an Kerrl ist zweifellos die Möglichkeit zur Einsetzung eines Reichskommissars zu fördern. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß eine derartige Maßnahme unter den obwaltenden Umständen verfassungswidrig wäre. Machen die Nazi-Barone dennoch den Versuch, sich auf Preußen durch den Bruch der Reichsverfassung irgendwelchen Einfluß zu verschaffen, so können sie eine für sie recht blamable Ueberrumpfung erleben. Jedenfalls ist die preussische Staatsregierung zu der erforderlichen Abwehr entschlossen.

Von der Initiative, die Herr von Papen auf Veranlassung der Reichsregierung der Nazi-Barone hinsichtlich der Neuwahl eines preussischen Ministerpräsidenten hat ankündigen lassen, war bisher, abgesehen von seinem Brief an den provisorischen Nazi-Präsidenten des Preussischen Landtags, noch nicht viel zu vernehmen. Mit dem Zentrum waren bis Dienstagabend irgendwelche Verhandlungen nicht eingeleitet und auch nicht verabredet. Abgesehen davon dürften Herr von Papen derartige Verhandlungen nach unseren Informationen kaum gut bekommen.

Im Zusammenhang mit den angekündigten Bemühungen des Schattenkanzlers der Nazi-Barone meldete die Berliner Reichspresse am Dienstagabend, daß als Kandidat für die preussische Ministerpräsidentenwahl der Vorsitzende der deutschen nationalen Landtagsfraktion, ein Herr Dr. Winterfeldt in Aussicht genommen sei. Aber diese Kandidatur war kaum genannt, als die Nazis erklären ließen, daß sie für einen Nazi-Ministerpräsidenten stimmen würden, während das Zentrum dabei bleibt, daß es den Nazis niemals den Landtagspräsidenten und

Ministerpräsidenten zuzugestehen würde. Papens Diplomatie auf dem Gebiet der Innenpolitik ist also bereits selbsterfahren, nachdem er kaum den ersten Schritt dazu getan hat.

Der Nazi-Präsident des Preussischen Landtages hat den Vorkostenrat des Preußenparlaments, veranlaßt durch den Brief des Herrn von Papen, zu Freitag einberufen. Wahrscheinlich dürfte der Vorkostenrat entgegen dem Wunsch des Schattenkanzlers jedoch beschließen, es bei dem bisherigen Termin des Wiedervereinigungstages des Plenums, dem 22. Juni, zu belassen.

Preußen wird allein seine Finanzen ordnen

Die am Dienstag zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung geführten Verhandlungen über die Ueberwälzung eines Beitrages von 100 Millionen durch das Reich an Preußen, sind negativ verlaufen. Die preussische Staatsregierung wird nunmehr der Etat auf dem Wege der Notverordnung in Kraft setzen und den Fehlbetrag von sich aus auszugleichen versuchen. Nachdem das Reich sich geweigert hat, die zu belagerten 100 Millionen Mark zur Verfügung zu

stellen, ist die preussische Staatsregierung gezwungen, selbst Mittel zum Ausgleich des Etats zu beschaffen. Eine entsprechende Entscheidung ist am Mittwoch zu erwarten.

Berlin, 8. Juni. (Eig. Funterber.) Das preussische Staatsministerium hielt am Dienstagabend eine mehrstündige Beratung ab, die sich mit der aus dem Scheitern der Finanzverhandlungen zwischen Reich und Preußen sich ergebenden Lage beschäftigte. Die Besprechungen zogen sich bis in die Nachtstunden hin und werden am Mittwochvormittag fortgesetzt werden.

Die Notverordnungspläne der Regierung Papen

Die Leistungen der Arbeitslosenfürsorge werden abgebaut

Die Notverordnung über den Gesamtkomplex der Arbeitslosenhilfe wird, wie die Rechtspresse mitteilt, erst für Anfang nächster Woche ermaxiert. Die Idee einer Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungsartei sei in den Hintergrund getreten gegenüber der Absicht der Reichsanstalt, die Kontrolle zu belassen, die Gemeinden aber stärker heranzuziehen, und vor allem die Unterstützungssätze, die in den einzelnen Versicherungsarten zwischen 54 und 50 Mark im Durchschnitt lägen, weiter zu senken. Die Ersparnisse, die dadurch ermöglicht würden, seien sehr beträchtlich. Von der geforderten Einführung einer Bedienstettersicherung sei Abstand genommen worden. Das Kabinett werde nicht die ursprünglich geplante Beschäftigungssteuer einführen, aber eine ähnliche, vielleicht nur anders benannte und statt 1% Proz. nur auf 1 Proz. bemessene Abgabe, die ebenfalls von allen Beamten und sonstigen Festangestellten erhoben werde. Der neue Etat werde in einer besonderen Notverordnung geregelt.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Es wird nicht reformiert, es wird nur an den Leistungen abgebaut.

Gewaltige Mehrheit für Herriot

Herriot erhält eine Zweidrittelmehrheit — Eine reine Linksmehrheit Herriots Regierungserklärung — Lebhaftige Debatte

Paris, 8. Juni. (Eigener Funterbericht.) Die französische Kammer sprach im Anschluß an die Aussprache über die Regierungserklärung dem neuen Kabinett mit 390 gegen 152 Stimmen das Vertrauen aus. Aus den Abstimmungslisten ergibt sich, daß die gesamte Linie von den Sozialisten bis zu den Radikalen für die Regierung, die linksrepublikaner und die Rechte gegen sie gestimmt haben. Die hinter der Regierung stehende Mehrheit ist also eine reine Linksmehrheit.

Im Laufe der Debatte über die Regierungserklärung kam es zu einer scharfen Abrechnung Herriots mit Tardieu. Dieser hatte an den Ministerpräsidenten die Frage gerichtet: „Werden Sie in Genf an dem von mir verteidigten Standpunkt in der Abrüstungsfrage festhalten?“

Herriot erklärte, er habe die Doktrin der Regierung in bezug auf die Abrüstung mit genügender Klarheit in der Regierungserklärung auseinandergesetzt. Er halte an der These der Sicherheit fest, die Tardieu nur von ihm übernommen habe. Klarer könne er sich im Augenblick nicht ausdrücken. Er wolle sich auf keine weitere Debatte darüber einlassen, und er möchte sich lieber als Regierungschef selber Unrecht auflösen als die Interessen des Landes schädigen. Wenn Tardieu

glaube, daß die Erinnerung an seine Wahlkampagne glücklich gewesen sei, dann täusche er sich. Im übrigen frage er, warum Tardieu immer nur von dem Kartell der Linken, aber niemals von dem Kartell der Rechten spreche. Wenn er seinen Gedanken freien Lauf lassen würde, dann würde ihm die Antwort sehr leicht fallen. Aber er beherrsche sich und werde schweigen. Es werde jedoch ein Tag kommen, an dem der Finanzminister die Tribüne besteigen und sein Schweigen erklären werde.

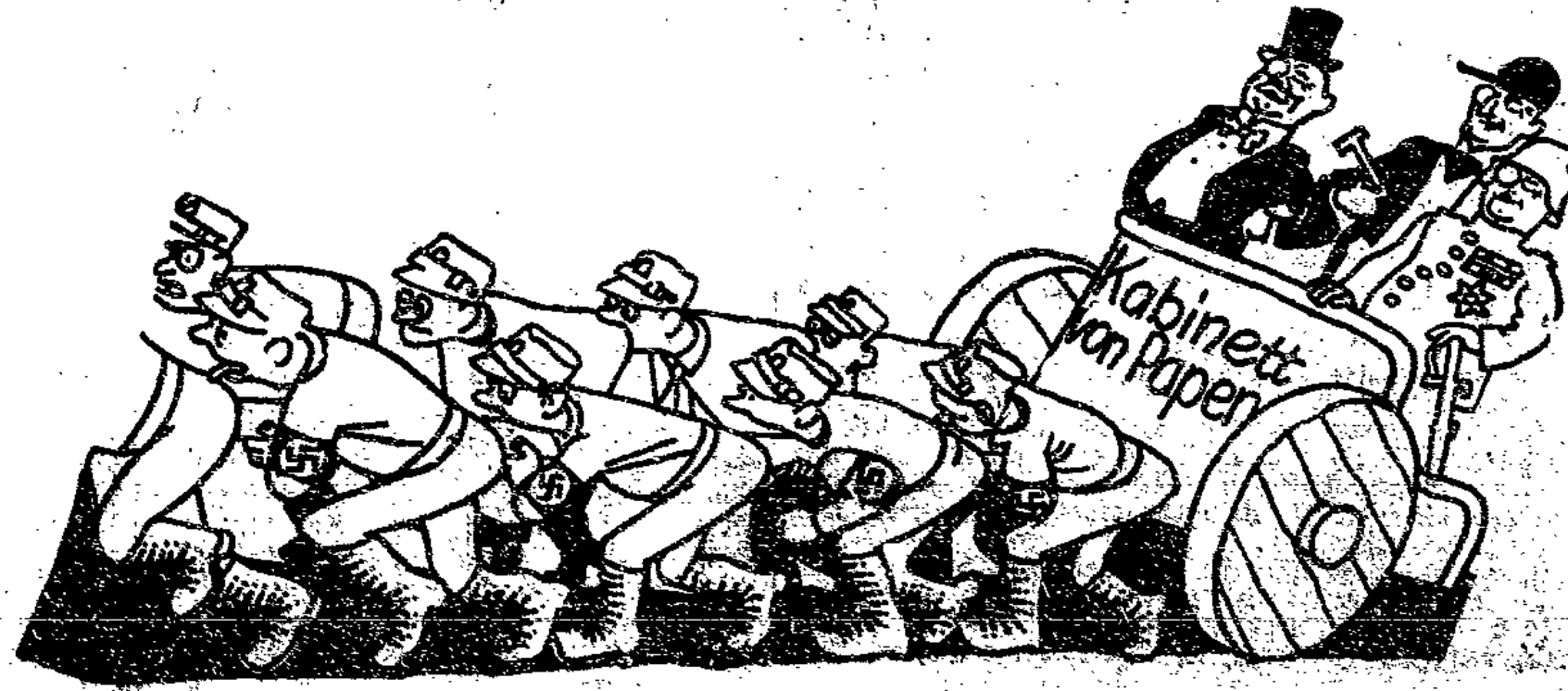
Die Rede Herriots wurde mit stürmischem Beifall von der Linken aufgenommen.

Paris, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Regierung Herriot hat sich am Dienstag nachmittag dem Parlament vorgestellt. Im Senat verlas Justizminister Renault, in der Kammer Ministerpräsident Herriot die Regierungserklärung. Vorher hielten in beiden Häusern die Präsidenten Jeanneney und Soufflon ihre Antrittsreden. Das Haus und die Tribünen waren außerordentlich stark besetzt.

Kammerpräsident Soufflon machte in seiner Antrittsrede unter großem Beifall der Linken folgende Anspielungen auf die Ereignisse in Deutschland: „In der umfangreichen antideokratischen Verschwörung, die sich von Land zu Land in der Welt zu organisieren scheint, nimmt Frankreich nicht teil. Wenn auch eine Krise seinen materiellen

Das Kabinett der Schlot- und Krautbarone



Interessen abträglich sein könnte, so würde es doch nicht an der Wahrheit von Grundrissen zweifeln können, die zugleich auf der Vernunft und der Erfahrung beruhen. Das parlamentarische Regime schließt weder den Weg an die Einheitsfront noch die Frage nach neuen und höheren Lösungen aus. Gerade in schwersten Zeiten kann das parlamentarische Regime am wirksamsten eintreten. Das Parlament vermag viel, wenn es das Instrument des Volkswillens bleiben will. Insofern das Parlament ist es, ein Beispiel für die Methode und Selbstbeherrschung zu geben."

Perriot verlas anschließend eine Botschaft des Präsidenten Delors, in der es u. a. heißt:

"Indem ich mich Kritik an die Grundzüge der Macht halte, die mir die Verfassung übertragen hat, werde ich mich bemühen, eifrig über sie zu wachen und ihr freies Funktionieren zu erleichtern. Als unparteilicher Schlichter werde ich es mir angelegen sein lassen, die Einigkeit der Herzen und die Harmonie der Geister aufrechtzuerhalten und, wenn möglich, zu erweitern. Frankreich wird als eifriges Mitglied des Völkerbundes an den bevorstehenden internationalen Besprechungen für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft und für den Weltfrieden mit einer unumwandelten Loyalität und der festen Hoffnung auf einen Erfolg teilnehmen. Die bedeutenden Opfer, die es seit dem Kriege gebracht hat, sind der deutliche Beweis für seine Uneingeschränktheit und sein Festhalten an der Solidarität, die immer enger zwischen den Nationen werden und sie dazu führen muß, eine Politik der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung anzuwenden. Frankreich muß bei dieser gemeinsamen Anstrengung nur die gerechte Sorge um seine Sicherheit, seine Unabhängigkeit und seine Stabilität, die wichtige Pfänder für den allgemeinen Frieden sind, im Auge behalten."

Es folgte die Verlesung der sehr langen Regierungserklärung, aus der folgende Stellen zu erwähnen sind: "Die neue Regierung ist gebildet, um den Interessen Frankreichs nach den edelmütigen Traditionen unserer Demokratie, die sie auf jede Art verteidigen wird, und im Einklang mit einer internationalen Ordnung zu dienen, deren Ausbau sie für notwendig hält, um die höchste Wohlfahrt, den Frieden zu garantieren. (Großer Beifall links und in der Mitte.) Unser Programm ist beschränkt, aber präzise. Im Innern stehen wir einer sehr ernsten finanziellen Lage gegenüber. Wir werden dem Parlament in kurzer Zeit eine vollständige und detaillierte Bilanz der Lage unterbreiten. Dann werden wir es um die Verabschiedung eines Gesetzentwurfes erlauben, der eine Reihe von Ausgaben einsparungen und finanziellen Maßnahmen vorsieht. Die unvermeidlichen Opfer, die jeder einem fürchtbaren Schicksal vorziehen muß, werden nach einem Plan der Gleichheit und Gerechtigkeit vorgeschlagen werden, der den Gesetzen der Demokratie entspricht. (Großer Beifall links und in der Mitte.) Die gleiche Sorge um ein normales und dauerhaftes Gleichgewicht wird es uns zur Pflicht machen, unser ganzes Verkehrssystem zu reorganisieren. Zum wirtschaftlichen wie zum außenpolitischen Standpunkt erscheint uns die internationale Zusammenarbeit durch die Schöpfung der gemeinsamen Kultur geboten. Wir wollen zunächst ein wirtschaftliches und finanzielles Milieu schaffen, das der gesamten Nation ein normales und glückliches Leben ermöglicht. Wir wollen der Arbeiterschaft ihre Rechte garantieren. In dem Respekt vor allen Gewerkschaftsfreiheiten festhaltend, glauben wir, daß die Reparatur aller Anstrengungen begünstigen und leiten muß, die dazu beitragen, eine bessere internationale Organisation der Arbeit zu schaffen. Wir werden an den fundamentalen Grundsätzen der Sozialversicherung nicht rütteln lassen. Mehr aus moralischen als aus politischen Gründen werden wir dem Arbeiter zu Hilfe kommen, der seines Proletenberufs beraubt ist."

Wir haben daher bereits jetzt beschlossen, die Sozialmonopolisierung für die Erneuerung der Gewerkschaften unterdrückung abzuschaffen.

(Großer Beifall links.) Wir halten uns für verpflichtet, den wirklichen Arbeitslosen und den Kurzarbeitern die notwendigen Unterstützungen zu gewähren. Die Sozialversicherung kann nach unserer Ansicht nur auf Gerechtigkeit und Solidarität aufgebaut sein. Auf geistigem Gebiet bleiben wir der weltlichen Schule treu, und wollen schon jetzt die Unentgeltlichkeit des sogenannten Mittelschulunterrichts einführen, um allen Kindern Frankreichs den Weg zum Wissen zu öffnen. Zum Zwecke der Berufshilfe werden wir einen Amnestieentwurf für politische Vergehen einbringen.

Auf außenpolitischem Gebiet wird sich die Regierung von der so dringenden Notwendigkeit leiten lassen, den Frieden auf einer allgemeinen Organisation Europas und der Welt aufzubauen. Sie wird alles, was in ihren Kräften steht, tun, um zu der politischen Entspannung, der wirtschaftlichen Verständigung und der moralischen Abrüstung beizutragen. Was die Reparationen anbetrifft, so kann Frankreich nicht Rechte bekräftigen, die sich nicht nur aus Verträgen, sondern aus vertraglichen Abmachungen ergeben, welche durch die Ehrenhaftigkeit der Unterzeichneten geschützt sind. (Beifall in der Mitte und rechts.) Die Welt würde, wenn sie dem Einfluß des Rechts entzogen wird, früher oder später unter die Herrschaft der Gewalt geraten. Durch die Bestätigung dieser Grundzüge ist sich die Regierung bewußt, nicht egoistische Vorrechte, sondern allgemeine Interessen zu verteidigen. Im Übrigen ist sie bereit, jeden Plan

zu diskutieren oder jede Initiative zu ergreifen, die durch einen Ausgleich eine größere Weltstabilität oder aufrichtige Verständigung im Frieden hervorbringen würde. In Übereinstimmung mit dem Völkerbundsstatut und im Geiste des Kellogg-Paktes werden wir die Sicherheit nicht für uns allein, sondern für alle Nationen suchen, die, ob klein oder groß, in unseren Tagen die gleichen Ansprüche haben. Unsere Aktion wird von dem Grundgedanken bestimmt sein, die Leson Bourgeois aufgestellt hat, die mir seit 1924 verteidigt haben und die besonders in dem edelmütigen Briand ein Element der französischen Politik geworden sind. In diesem Rahmen ist die Regierung allen Lösungen, selbst Teillösungen gütig, die im Lichte der Beratungen von Genf und nach einer lokalen Gegenüberstellung der Ansichten ohne Gefährdung der Landesicherheit eine Verringerung der Militärausgaben erlauben und eine Etappe auf dem Wege zu einer allmählichen, gleichzeitigen und kontrollierbaren Abrüstung darstellen würde. Schon jetzt wird die Regierung mit Vorbehalt alle möglichen Einsparnisse auf diesem Gebiete durchzuführen. Für dieses Werk bieten wir unsere ganze Unterstützung an. Die Ruhe muß wiederkehren, wenn man sich darüber Rechenschaft ablegt, daß es Regierungen wie die unsrige gibt, die in den Geisern und in den Tatsachen den Friedenszustand schaffen wollen, die einen aufrichtigen Appell an alle Gewissen richten und die alle diejenigen zu sammeln suchen, die mit uns der Meinung sind, daß der Krieg ein ungeheures, gegen das Völkerrecht verstoßendes Verbrechen ist. Für dieses Werk bitten wir um Ihr Vertrauen."

Die Regierungserklärung fand auf der Linken lebhaften Beifall.

Paris, 7. Juni. (Eig. Drahtber.)

Der Kammerpräsident verlas eine von den Abgeordneten und Schmidt eingebrachte Tagesordnung, die von den Radikalen und Sozialisten ausgearbeitet worden war, und folgendermaßen lautete:

"Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie

Macht es nach!

Die Bäume Hitlers wachsen so wenig in den Himmel wie die der österreichischen Heimwehrleute in den Himmel gewachsen sind, wenn die deutsche Arbeiterklasse auf dem Damm ist. Wie durch ein Volksurteil eine Faschistenregierung gestürzt werden kann, zeigt folgende zeitgemäße Erinnerung. Am 30. September 1930 herief der deutsch-österreichische Bundespräsident Miklas, früher langjähriger christlich-sozialer Abgeordneter und zuletzt Präsident des Nationalrates, aus Entgegenkommen gegen die großmütig drohenden Heimwehrfaschisten den Wehrminister Baugoin als Bundeskanzler, den gleichgeordneten Seipel als Außenminister und den Hitlerjüngling und Heimwehrfürsten Starhemberg als Innenminister und den Heimwehrführer Hueber als Justizminister. (Adelspräbilitate gibt es in Deutsch-Österreich nicht mehr.)

Unmittelbar darauf wurde der Nationalrat aufgelöst. Am 9. November des gleichen Jahres erfolgte die Neuwahl der Volksvertretung. Obwohl die Faschisten unter einer solchen Regierung ihren Terrorgeheimen in weitem Maße fröhnen konnten, wurde die Parlamentswahl zu einem Volksgericht gegen diesen Kurs. Die verlesenen und verlesene Sozialdemokratie gewann infolge entsprechenden Stimmengewinnes zwei Mandate und wurde mit 73 (unter den feststehenden 166) Mandaten die stärkste Fraktion. Sie stellte in Matthias Eldersch den Präsidenten des Hauses, welches Amt nach Eldersch' Tode Dr. Karl Renner bekleidet. Die Christlich-Sozialen aber, deren Führer Seipel und Baugoin Hauptförderer des Faschismus sind, verloren sieben Mandate und nahmen mit 66 Mandaten die zweite Stelle ein. Auch der Schöber-Block (Großdeutsche und Landbund) ging um ein Mandat auf 19 zurück. Die Verluste der bürgerlichen Parteien lag die Heimwehr mit acht Mandaten auf.

Infolge dieses Volksgerichts mußte die Faschistenregierung sofort zurücktreten. — Sie hat keine Aufrechterhaltung erlebt.

Deutsche Wähler! — Macht es nach!

hat zu der Regierung des Vertrauens, daß sie eine Politik beschließen wird, die dem kürzlich von der Mehrheit des Landes ausgeübten Wunsch entspricht, jeden Tag ab und geht zur Tagesordnung über."

Im Namen der radikalen Linken erklärte der frühere Minister Laurent Synac, daß seine Partei für die Regierung stimmen werde.

Leon Blum legte dann die Gründe auseinander, aus denen die Sozialisten für die Tagesordnung stimmen würden. Er erklärte, die Regierung Perriot sei auf Grund der Wahlen gebildet worden, die zu der Zerschmetterung der Parteien der sozialen Reaktion geführt habe. Das sei die Reaktion die Schmach, und die Sozialisten, die an ihr einen bedeutenden Anteil genommen haben, würden für die Regierung stimmen, weil sie in ihren Augen diese Sanktion verkörpere und weil sie glaubten, daß sie die Früchte aus diesem Stege ziehen könne. Sozialisten möchten nicht verschweigen, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und ihnen weiter bestehen könnten. Die Sozialisten hätten weder ihre Gesinnung über die neue Richtung, die den internationalen Verhandlungen gegeben werden müßte, noch über die Maßnahmen verändert, die zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zur Beseitigung des Desasters ergriffen werden müßten. Sicherheit könnte das Zentrum und die Rechte ihre Stimmzettel mit denen der Sozialisten vereinigen, aber selbst unter dieser Voraussetzung seien die Stimmen der Sozialisten gegen das Zentrum und die Rechte gerichtet. (Großer Beifall links.) Die Sozialisten würden jedesmal für die Regierung stimmen, wenn sie durch ihre Handlungen den Willen zum Ausdruck bringe, den die Wählerklasse bestätigt habe. (Großer Beifall links.)

Paris, 8. Juni. (Eig. Junbericht.)

Das von der Kammertribüne verlesene Abstimmungs Ergebnis über die Vertrauensumgebung für die neue Regierung ist nach der Sitzung durch zahlreiche Stimmberichtigungen erheblich geändert worden. Die Berichtigungen haben aber keine praktische Bedeutung, da allein die in der Sitzung mitgeteilten Abstimmungszahlen offiziell sind. Nach dem jetzigen Ergebnis haben sich 384 Abgeordnete für die Regierung und nur 113 gegen sie ausgesprochen, während sich 110 Abgeordnete der Stimme enthalten haben. Die Mehrheit für die Regierung ist also noch größer geworden.

Der Ausgang der Debatte und die Regierungserklärung findet in der Linkspresse eine sehr günstige Aufnahme. Die Rechtspresse ist dagegen stark verstimmt.

Das wird was Rechtes werden

Vapen geht selbst nach Lausanne

Der Schatten des Generalleutnants J. D. von Schleicher in der Reichsregierung, Herr von Vapen, hat tatsächlich den Mut, das deutsche Volk höchst persönlich in Lausanne zu vertreten. "Sozialisten" werden ihn der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold, der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk und Freiherr von Neurath, der gegenwärtige Außenminister. Eine Delegation die sich lösen lassen kann!

Man organisiert den Bürgerkrieg

In den Reihen der SPD. arbeiten Propagandisten

Seit Jahr und Tag bemühen sich die Kommunisten redlich, durch ihre fanatische Politik den Nationalsozialisten die Hasen in die Röhre zu treiben. Auch haben sie es Hitler fürchterlich leicht gemacht, immer wieder mit Schauerreden über das "Treiben der Kommunisten" die Sozialdemokraten einzuschüchtern. Allerdings ist das Gerücht im Umlauf, die kommunistische Partei organisiere "Hungermärsche" und Gewerkschaftsaktionen mit Hilfe von Arbeitslosen. Offenbar haben gewisse Leute ein Interesse daran, die Notwendigkeit der Beseitigung des Ausnahmezustandes der Öffentlichkeit bezweifelhaft zu machen. Auch will man allem Anschein nach verdinglichten Gemütern beweisen, daß eine besondere SA-Polizei dringend notwendig sei. Propagandisten sollen bei den Kommunisten sehr eifrig Stimmung für Hungermärsche und Plünderungsaktionen machen.

Die Wahlen stehen vor der Tür. Hitler braucht unbedingt eine neue Wuchse. Wenn die SPD nicht von allen alten Geisern verlassen ist, dann sorgt sie rechtzeitig dafür, daß das Gerücht über Plünderungsaktionen verstimmt.

Badens SS. eine Spiegelorganisation

Karlsruhe, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Im Badischen Landtag wies Innenminister Raier an Hand eines Rundschreibens der Nazis nach, daß die badische SS. nichts anderes als eine Spiegelorganisation ist. Sie hat nach dem Rundschreiben die Aufgabe der Beobachtung der Freimaurerlogen, der Wehrbewachung der SPD, der Sozialdemokratie und des Reichsbanners.

Die Benzinstation

Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechnete Übertragung aus dem

Amerikanischen von Clarisse Meitner

Alle Rechte vorbehalten - Nachdruck verboten

(50. Fortsetzung)

Sie zog sie zurück und betrachtete sie genau. "Ja, ich glaube. Und ziemlich wenig nahe."

"Aber das nicht, aber Ihre Schuhe. Warum tragen Sie keine hohen Stiefel aus solchen Leuten?" Ein leiser Nachklang seiner früheren Entschiedenheit tönte wieder mit in seiner Stimme. Das nahm sie übel:

"Meine Schuhe sind vollkommen zweckmäßig! Ich will keine solchen entsetzlichen Vegetarier-Gesicht an meinen Füßen tragen!"

"Ihre Schuhe mögen für Newyork ganz gut sein, aber Sie werden noch hüßlich lange nicht nach Newyork kommen. Sie müssen einfach ein Stück von diesem Land hier sehen, wenn Sie schon einmal hier sind — Britisch Columbia und Alaska."

"War ganz schön, aber ich hab genug von der Schinderei, jetzt."

"Gelegenheit, die höchsten Berge der Welt zu sehen, beinahe, und da wollen Sie zurückgehen zu Teegesellschaften und all dem Unfuss!"

"Hören Sie auf zu versuchen mich einzuschüchtern! Sie schaffen herum, beinahe die ganze Zeit, leidern wir angefangen haben, herauszufahren..."

"So? Das wollte ich nicht. Obwohl ich glaube, daß ich immer herumhüßlich. Zumißt bin ich gewohnt, die Dinge zu leiten. Es gibt zwei Arten von Menschen: solche, die Befehle erteilen und solche, die sie selbstverständlicherweise nehmen, und ich gehöre zu der ersten Art."

"Aber mein lieber Will, ich bin auch ein Mensch..."

"Und meistens nehme ich sie auch von Ihnen. Aber, zum Teufel, bis nach Seattle ist's nur noch ein Tag, und dann werden Sie mich vergessen. Ich will, ich will, Sie aufpassen. Sie

auch halb entschlossen, es zu tun. Sie ein Stück in die Berge hinaufnehmen, und wenn Sie an das rauhe Leben in vollkommener Wildnis gewöhnt sind — könnten Sie mir zum Beispiel helfen, Holz schleppen für ein Blockhaus — dann wären wir wirklich Kameraden. Sie haben das Zeug dazu in sich, aber Sie brauchen noch ein wenig Abhärtung, bevor..."

"Hören Sie, Will, Sie haben Romane gelesen, und da ist immer ein Mann vorgetragen — manchmal war es ein Holzfuhrer und manchmal ein Steinhafter oder Bergarbeiter, aber immer war er höchlich beharrlich — und der hat in der Stadt eine reizende Frau gesehen und entführt sie und sperrt sie ein in irgendeiner unangenehmen Hütte und gibt ihr schöne kalte Kartoffeln zu essen und — so ganz selbstverständlicherweise vergißt er sie! Hunderte von Männern haben diese Geschichte geschrieben, und es ist ein Beweis ihrer ungeschunden maskulinen Selbstbehauptung, die ich Ihnen, als Frau, natürlich übernehme. Shakespeare mag wohl damit angefangen haben mit seiner Hamlet. Der Widerwertigen Jüngling. Shakespeares Puppen, dazu gehören, irgendeiner Majestät zu gefallen. Sie wissen es vielleicht nicht, aber es gibt heute Frauen, die nicht nur dazu da sind, dem Traumbild irgendeiner Majestät gefallen zu wollen. Wenn eine Frau wie ich entführt würde, würde sie fortfahren, die Bitte zu lassen, oder wenn sie nachgeben möchte, wäre der Mann auch nicht besser dran, denn dann wäre sie eben degeneriert, sie wäre zu einer Sklavin geworden und hätte eben die Dinge verloren, die ihm an ihr gefallen hatten. O, Ihr Höflichkeit! Mit Eurem Glauben, daß Ihr Frauen zwingen könnt, Euch zu lieben! Ich besitze mehr Mut, als jeder einzelne von Euch!"

"Ich bewundere Ihren Mut, aber Sie wären noch mutiger, wenn Sie die Wildnis nicht hütten."

"Mann! In Newyork darf ich mich nicht scheuen, jeden Tag hundert komplizierten Problemen entgegenzutreten, von denen Sie nicht einmal wissen, daß ich je von ihnen gehört habe!"

"Schatten Sie mir, Sie bevor zu erlernen, daß Julius Caesar, daß er lieber in einer kleinen spanischen Stadt Bürgerkrieg war, als Politikminister in Rom. Ich bin in Chicago, Newyork, während Sie aber mit einer von vielen Wunderkuren nachkommen wollen in Newyork sind."

"So wirklich, O, mindestens von einer Million. Danke!"

"O — tut mir leid — Sie, ich will, nicht vollständig werden und zu klettern anfangen und ich das, aber — verstehen Sie

dem nicht — irgendwie ein verzweifelter Versuch — Seattle ist so nahe..."

Sie hatte ihr Gesicht von ihm abgewendet; das schmale Profil war scharf wie ein Silberdraht. Er stammte — schwieg, und sie gingen neuerlich damit an.

"Ich wollte Sie nicht böse machen", würgte er hervor.

"Nun, Sie haben es aber doch getan! Pollern und einschüchtern wollen, ja — Sie mit Ihren Männern aus Grant in Indianerbooten und mit höchst mangelhaft raffinierten Wangen wollen eine wohlhabende Dame locken mit der Aussicht auf nichts als Felsen und Baumstümpfe und Soden auf der Wähe! Und, daß all die ungeliebten, wilden Männer..."

"Schauen Sie! Ich weiß nicht, ob all diese Adjektiva auf mich abgeleitet sind, aber ich weiß nicht, ob ich soviel ungeliebter bin — Sie haben davon erzählt, daß man in Ihrer Schule Französisch gesprochen hat. Na, und in meiner hat man Amerikanisch gelernt."

"Man hätte es sollen!"

Jetzt wurde er zornig. "Ja, und Chemie und Physik und Griechisch und Latein und Geschichte und Mathematik und Nationalökonomie, und ich hab mehr oder weniger von all dem profitiert, während Sie mit Bändern und Seiden herumgepielt haben; und dann mußte ich Mechanik studieren und ein Geschäft führen lernen."

"Ich habe auch damit herumgepielt, gute Manieren zu erlernen — ein unglückseliges Versäumnis in Ihrem Curriculum, soweit ich sehe! Sie waren ordentlich groß —"

"Sie auch!"

"Ich mußte es sein. Aber ich nehme an, daß Sie anfangen einzugehen, daß sogar Ihre starke Hand den Geschmack einer Frau nicht zu zwingen vermochte. Entföhren! Ein so Unger Burische wie Sie will diese dummen Rindhäute..."

"Nicht im geringsten dümmere, als Ihre elegante Gesellschaft, mit Champagner und Orgien in Klubsalons..."

"Sie wissen wohl gar so viel davon, nicht wahr? Die schlimmste Orgie, die ich je miterlebt habe, war eine Wirtin des Golfclubs über das Verhörmenswesen im Reuborn. Wollen Sie, bitte, vielleicht Tatsachen anführen, für Ihre Festhaltung der Laster von mir und meinen Freunden!"

"O Sie — o, ich hab nicht Sie gemeint..."

"Warum haben Sie dann..."

(Fortsetzung folgt.)

SA. soll neu aufleben

Aufhebung des Verbots Ende dieser Woche — Reichsregierung will ihr eine neue Uniform geben

Die Hitler-Soldateska wird, wie die Hugenberg-
mutter mitteilen, neu kostümiert. Für Ende dieser Woche
die Veröffentlichung einer Notverordnung
des Reichspräsidenten zu erwarten, durch die die Not-
verordnung zur Aufhebung der SA-Organisati-
onen aufgehoben werde. Die neue Notverordnung
wird besondere Maßnahmen für die Wiederherstellung
der Naziorganisationen in etwas veränderter
Form vorsehen. Gleichzeitig würden auch neue Be-
stimmungen über das Uniformtragen heraus-
gegeben werden, die sich sowohl auf die nationalsozialistischen
Organisationen wie auf den Stahlhelm beziehen. Während
früher die SA-bräunliche Hemd- und Hose getragen habe, werde
jetzt über dem braunen Rock noch ein Uniformrock getragen,
der im Schnitt ganz denen der englischen Armee ähnlich sei. An
Stelle der Lederstiefel trete der braune lange Schaft-
stiefel. Das Lederzeug der SA werde, wie bisher, braun sein.
Die bisherige Mützenform bleibe, sei noch nicht bestimmt.
Möglicherweise komme an ihre Stelle die Reichswehrmütze
in braun. Die Mäntel seien ebenfalls braun gehalten. Die
ES trage dieselbe Uniform wie die SA, nur seien ihr Waffen-
zeug und Lederzeug schwarz. Sonntags werde außer Dienst eine
lange schwarze Halse getragen. Mütze schwarz mit Totenkopf.
Für die Neukostümierung der SA scheint auch in einer

Zeit, in der die Polizei ihre alten Mäntel und Uniformen auf-
tragen muß, Geld genug da zu sein.

„Die Zulassung einer so kostümierten Privat-
armee“, bemerkt der „Vorwärts“ zu der Meldung der
Hugenbergpresse, „wäre ganz einfach ein Verbrechen gegen
den Staat. Und alles Blut, was von ihr vergossen wird, läme
über das Haupt einer Regierung, die ihr die Erlaubnis zum
Marschieren gibt.“

Starhemberg lobt Büchelt vor Mussolini

Der Führer der österreichischen Heimwehren,
Fürst Starhemberg, hat sich am Dienstag im Flugzeug
nach Rom begeben. Die Reise hat den Zweck, in Ver-
handlungen mit der Leitung der italienischen
Faschisten eine Vereinigung zwischen den faschistischen Heim-
wehren Österreichs und den österreichischen Nationalsozialisten
vorzubereiten. Starhemberg hat über diesen Plan bereits seit
längerer Zeit, u. a. auch persönlich mit Mussolini korre-
spondiert.

Die Bedrohung der Justiz durch die Nazis

Sozialdemokratischer Antrag im Preussischen Landtag gegen diesen Nazi-Terror gegen die Justiz

Im Preussischen Landtag hat die sozialdemo-
kratische Fraktion einen Antrag eingebracht, in
dem das Staatsministerium aufgefordert wird,
die richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Beamten
vor Einschüchterungen und Bedrohungen wirk-
sam zu schützen und die Unabhängigkeit der Rechtspflege auch
in Zukunft für Preußen sicherzustellen. In dem Antrag heißt
es u. a.:

In der zweiten Sitzung des Preussischen
Landtags vom 25. Mai 1932 hat der Abg. Dr. Freisler
Beschwerde geführt, daß Staatsanwälte in Totschlag- und Land-
friedensbruch-Prozessen gegen nationalsozialistische Angeklagte die
dem Beweisergebnis entsprechenden Strafanträge stellen.
Daraufhin hat der Abg. Kube, Vorsitzender der nationalsozia-
listischen Landtagsfraktion, geäußert: „Die preussischen Staats-
anwälte müßten zu 90 Prozent wegen Rechtsbruchs in den
Anklagezustand versetzt werden.“ Diese Worte entsprechen der seit
längerer Zeit von der nationalsozialistischen Presse geübten
Kakist, solche Richter und Staatsanwälte, die in Prozessen gegen
Nationalsozialisten nicht das Parteilinteresse der Nationalsozia-
listen, sondern den allgemeinen Rechtsstandpunkt vertreten, durch
Schläpfrufe und Drohungen einzuschüchtern. Hierfür ist in dem
Antrag „Justizdämmerung“ eine Reihe markanter Beispiele auf-
geführt. Durch die fortgesetzte Bedrohung pflichtgemäß handelnder
Justizbeamter soll offenbar erreicht werden, daß diese in Zukunft
nicht mehr wagen, nach Pflicht und Gewissen ihre Funktionen
als Richter bzw. Staatsanwälte zu erfüllen.“

Salentkruz und Freiherrentrone

Die Mitläufer des Nationalsozialismus, die hirnlos und
kannlos hinter Hitler und den Seinen herlaufen, sollen nicht er-
fahren, daß das Kabinett der Barone getragen wird von der
Partei Hitlers. Die Formel, mit der die nationalsozialistische
Propaganda zu der Barons-Regierung Stellung nimmt, heißt
deshalb, daß die NSDAP, ihre grundsätzliche oder spezielle
Haltung zum Kabinett Schleicher zur gegebenen Zeit be-
kannnt werde.“
Hitler will sich nicht offen engagieren, er will seine
Pläne nicht sichtbar werden lassen, weil er sich sonst kompro-
mittieren würde. Das Kabinett der Barone soll weiter die
Arbeit für ihn besorgen. Es soll für ihn agitieren, und die
nationalsozialistische Propaganda will inzwischen weiter arbeiten,
so als ob Hitler bei der Regierung der Barone nicht engagiert
sei. Ganz so offen und bumm wird es die nationalsozialistische
Propaganda ja nicht mehr betreiben, wie der Gauleiter von
Mecklenburg, Hildebrand, der nach der Mecklenburger Wahl am
Montag erklärt hat, daß von Mecklenburg aus mit einer Wides-
landspolitik gegen das herrschende System im
Reiche begonnen werde! Die Grundnote der nationalsozialistischen
Propaganda soll dennoch bleiben: Wir haben keine Verant-
wortung, wir sind in der Opposition! Die Barone dürfen für die
Nationalsozialisten regieren und reaktionäre Maßnahmen er-

greifen, sie dürfen für die Nationalsozialisten agitieren, aber —
blamieren mich nicht, mein schönes Kind!

So werden wir die Phraze gegen das herrschende System
auf dem Lande in der nationalsozialistischen Propaganda schon
noch erleben. Aber das herrschende System, will sagen, die
Regierung der Barone, das ist ihr System! Ihnen gebührt die
Verantwortung, und sie sind so zufrieden mit der neuen Reichs-
regierung, daß diese Zufriedenheit aus der gesamten national-
sozialistischen Presse nur zu deutlich hervorgeht. Mit der größten
Zufriedenheit wird festgestellt, daß die sogenannte Regierungser-
klärung die nationalsozialistische Phrasologie
übernommen habe und damit die Propaganda der National-
sozialisten außerordentlich erleichtert. Das wird mit höchstem Dank
akzeptiert. Die Herren Barone in der Regierung arbeiten für
Hitler, so wie Hitler für die Herren Barone gearbeitet hat.
Sollte das Ergebnis dieser Zusammenarbeit bei den Reichstags-
wahlen hinter den Erwartungen der Treiber zurückbleiben, so
wird jetzt schon mit dem Gedanken einer zweiten Reichstags-

Reinfall der Nazis in Württemberg

Sie ziehen einen ihrer Agitationsanträge möglich zurück

Stuttgart, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

In der Dienstag-Sitzung des Württembergischen
Landtages erlebten die Nationalsozialisten einen
höhen Reinfall.

Vor 2 Wochen hatten die Nazis einen Antrag ein-
gebracht: Bei der Reichsregierung und im Reichs-
rat sofort härtesten Einspruch gegen die geplanten
neuen Notverordnungen der Reichsregierung zu
erheben.“ Trotz der offensiblen Dringlichkeit dieses Antrages
taten die Nationalsozialisten nichts, um den zu ihrer eigenen
Partei gehörenden Präsidenten zu veranlassen, den Antrag zur
Beratung zu stellen. Es war offensichtlich, daß sie diesen Antrag
nicht aus sachlichen, sondern aus Agitationsgründen
gestellt hatten. Nach dem Amtsantritt der Regierung Papen
wollten sie nichts mehr von der Sache wissen, obwohl aus der
Erklärung der neuen Reichsregierung klar hervorgeht, daß sie die
wesentlichsten Bestandteile der von Brüning entworfenen Not-
verordnung, vor allem, soweit dadurch die sozialen Leistungen herab-
gesetzt werden sollen, gleichfalls zu verlinken beabsichtigt.
Die sozialdemokratische Fraktion beantragte daher am
Dienstag, den nationalsozialistischen Antrag sofort zur Beratung
zu stellen, da er sonst unwirksam bleiben würde. Der Nazi-
Präsident und die nationalsozialistische Fraktion
kamen in die größte Verlegenheit. Der Fraktions-
vorsitzende Abg. Murr begann ein klägliches Gestammel. Die

ausschlag gegeben, bei der dann, um formell im Rahmen der
Verfassung zu bleiben, die Ausschlag erfolgen soll, nicht mehr
weil, wie die Begründung zur jetzigen Reichstagsauflösung lautet,
die Zustimmung des Reichstages nicht mehr dem Willen des
Volkes entspricht, sondern weil die Barons-Regierung ein Miß-
trauensvotum erhalten habe. So soll das Bündnis zwischen
Salentkruz und Freiherrentrone auf lange Frist fortgesetzt werden!

Unter diesen Umständen hielten sich die Nationalsozialisten,
zu deutlich auf die sogenannte Regierungserklärung einzugehen.
Sie ist ein heikles Eisen, da sie von sozialreaktionärem Geiste
trägt. Mit dieser Regierungserklärung lassen sich die Ver-
sprechungen, die die Nationalsozialisten verweigerten Volks-
schichten in ihrer Propaganda machen, schwer vereinbaren! So
spricht die nationalsozialistische Presse bei ihrer Betrachtung über
das sozialreaktionäre Programm der Regierung der Barone mit
großem Schwallt sehr viel von Gott, von Nation, von
christlicher Weltanschauung und vom Drachen Marxismus,
aber nicht von so realen Dingen wie von den Anschlägen
gegen die Sozialversicherung und gegen die Arbeits-
losenunterstützung, nicht davon, daß die Hunger-
peinliche über die Arbeiter geschwungen werden soll, nicht davon,
daß die ostelbischen Agrarier nun hoffen, die Landarbeiter noch
unter das Niveau der polnischen Wanderarbeiter herunterdrücken
zu können. Die Nationalsozialisten sprechen von Gott — aber sie
meinen die Sozialreaktion! Sie reden von Nation — aber sie
meinen den Klassenkampf von oben. Sie brüsten sich mit ihrer
angeblich christlichen Weltanschauung — aber sie wollen die Ver-
elendung des Volkes! Die Nationalsozialisten sind so freundlich,
so außerordentlich freundlich zu den Herren Baronen, die jetzt
die Regierung bilden, daß niemand sich darüber täuschen kann,
daß sie ein fittes Bündnis mit dieser Regierung eingegangen
sind. Salentkruz und Freiherrentrone — in diesem Zeichen soll
der Generalangriff gegen das werktätige Volk geführt werden.

Das beliebte nationalsozialistische Schlagwort „Das System“
hat jetzt einen ganz bestimmten Inhalt erhalten. Das System
hat jetzt einen ganz bestimmten Inhalt erhalten. Das System,
das ist das Bündnis zwischen Salentkruz und
Freiherrentrone, geschlossen im Auftrage der sozialen
Reaktion gegen das werktätige Volk, und die Nationalsozialisten
sind die systemtreueste Partei, die man sich denken
kann!

Die „Schlesische Zeitung“ liebt den Kaschemmenton

Die „Schlesische Zeitung“ hat offenbar den Ehrgeiz,
immer mehr auf das Niveau der Dresdener Sünden-
presse herabzusteigen. Ihr normaler Ton in ihren polemischen
genes Andersdenkende ist der Kaschemmenton. Auf unsere
gelehrte Festnagelung ihrer doppelten Moral in der Frage der
Meinungsfreiheit, die auf rein sachlichen Feststellungen beruhte,
antwortete sie mit einer spaltenlangen Schimpferei im
rübsten Ton. Außerdem versuchte sie, weil sie offenbar sachlich
gar nichts mehr zu sagen weiß, die Diskussion auf ein ganz anderes
Gebiet zu verchieben, indem sie von der Frage der Meinungs-
freiheit überhaupt nichts mehr schreibt, sondern lediglich alle
Lügen und Verleumdungen über Sozialdemo-
kraten wieder aufwärmt, die schon so oft wider-
legt worden sind. Die „Schlesische Zeitung“ mag bei dieser
Art nur bleiben. Alle ankündigten Leser auch auf Seiten der
Reichsparteien werden sich nur mit Steil von ihr abwenden. Wir
lehnen es jedenfalls ab, uns mit einem solchen Blatt über die
Frage der Meinungsfreiheit weiter auseinanderzusetzen. Wir
werden weiter unsere politische Kritik an der neuen Reichs-
regierung in aller Schärfe üben und die „Schlesische Zeitung“
mag darüber zittern, soviel wie sie will. Das macht auf niemanden
einen Eindruck mehr.

Das Regierungsproblem in Bayern

Keine Generalvollmacht an die Bayerische Volkspartei

München, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bayerische Volkspartei hat inzwischen von
allen Fraktionen des Landtags, an die sie ihren Vor-
schlag zwecks Bildung einer parlamentarisch ver-
antwortlichen Regierung richtete, eine Antwort er-
halten. Abgebend sind im wesentlichen nur die Auffassungen
der sozialdemokratischen und der nationalsozia-
listischen Fraktion, da die eine oder die andere zur Bildung
einer neuen verfassungsmäßigen Regierung notwendig ist.
Aus der Antwort der beiden Fraktionen ergibt sich, daß der
Vorschlag der Bayerischen Volkspartei, der praktisch auf die Er-



Nun ist sie da,

die 3 1/2 Pfg.-Zigarette der Bulgaria.

Wir haben im stillen daran gearbeitet, in dieser Preislage eine Zigarette zu schaffen, besser als alle anderen und würdig den übrigen Sorten der Bulgaria.

Jetzt wissen Sie, welche 3 1/2 Pfg.-Zigarette für Sie in Frage kommt.

Jetzt haben Sie auch für 3 1/2 Pfg. den Genuß höchster Qualität.

Bulgaria Sport, die 3 1/2 der Bulgaria

6 Zigaretten 20 Pfg. mit Sport-Photos

Breslauer Nachrichten

Eltern, vergesst es nicht! Sonntag sind Elternbeiratswahlen. Wählt Liste Schulaufbau

Unser Aktionsprogramm

weckt das gleiche, unsere Parole trotz der Not:
Schulaufbau.

Unsere Aktionsforderungen lauten:

1. Ausreichende Beschäftigung aller kranken und unterernährten Kinder durch Schulpflicht und Versorgung bedürftiger mit Kleidung.
2. Unentgeltliche ärztliche Behandlung (Ausbau des Schulartz- und Schulschwesterwesens).
3. Beschaffung und Lieferung der notwendigen Lehr- und Lernmittel durch Staat und Gemeinde.
4. Herabsetzung der Klassenfrequenzen auf mindestens 30 Kinder.
5. Beseitigung der Prügelstrafe in Schule und Elternhaus.
6. Ausreichende Heizung, Säuberung, Lüftung der Schulen.
7. Schulgeldfreiheit.
8. Soziale Einheits- und Arbeitsschule.
9. Uneingeschränkte Erhaltung der Grundschule.
10. Kampf gegen die Verkürzung der Schule.
11. Durchführung der Lehrerbildung im Sinne der Reichsverfassung.
12. Kampf gegen die politische Vergiftung der Jugend.

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Aus Anlaß der Eröffnung des 5. Verbandstages der Arbeitssolidarität und Witwen Deutschlands findet am Sonntag, den 12. Juni d. J. in der Jahrhunderthalle eine große Kundgebung

statt. Mitwirkende: Volkshor Breslau, Herr Otto Burtel (Vogel). Ansprache des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Arbeitssolidarität und Witwen Deutschlands.

Reichstagsabgeordneter Genosse Karsten (Berlin)

Beginn der Kundgebung 10 Uhr. Die Parteimitglieder nehmen an der Eröffnungsfeier teil. Eintritt frei. Karten sind bei den Distriktsführern zu haben.

Sozialdemokratische Partei
Ortsverein Breslau

Schwindelmeldung der „Schlesischen Zeitung“

Es kommt ihr lediglich auf Material zur Belästigung des Reichsbanners an

In ihrer gestrigen Abendausgabe berichtet die „Schlesische Zeitung“ unter einer dicken Ueberschrift über angeblichen „Reichsbanner-Terror in Breslau“, der am Montagabend dadurch zum Ausdruck gekommen sein soll, daß in der Nähe des Kaiser-Wilhelm-Denkmal mehrere Hundert Reichsbannerleute einige Nazis niedergeschlagen hätten, wobei ein Nazi einen „tiefen Messerstich in den Kopf“ erhalten haben soll.

Am Montagabend fand bekanntlich eine Versammlung der SPD. und der SA. im Zirkus Busch statt, bei der wieder einmal über eine Einheitsfront geredet wurde. Der amtliche Polizeibericht besagt, daß es zwischen nach Hause gehenden Bewohnern dieser Versammlung und Nazis gegen 22 Uhr zu kleineren Zusammenstößen gekommen ist. Es kann nur als eine bewußte Lüge bezeichnet werden, wenn die „Schlesische Zeitung“ angibt, daß aus dieser Versammlung Hunderte von Reichsbannerleuten gekommen wären und die Nazis angefallen hätten. Der Wunsch war wieder einmal der Vater des Gedankens. Man fürchtet das Reichsbanner ganz anders als die Antifa und macht deshalb ganz bewußt aus kommunistischen Parteigängern einfach Reichsbannerleute, in der Hoffnung, damit Material nach oben geliefert zu haben.

Die Pressestelle des Polizeipräsidenten teilt auf Anfrage mit, daß von ihr keinerlei Angaben an die „Schlesische Zeitung“ gemacht worden sind, daß es sich um Reichsbannerleute handele.

Auch der „tiefen Messerstich“ ist bei der Polizei unbekannt und dürfte also lediglich in der Redaktion der „Schlesischen Zeitung“ in irgendeinem Reporterhirn entstanden sein. Wenn man sich etwas genauer informieren würde, hätte man nämlich auch erfahren, daß am Montagabend der größte Teil der Reichsbannermitglieder, die zugleich der SPD. angehören, in den überaus gut besuchten Distriktsversammlungen unserer Partei gewesen sind.

Die „Schlesische Zeitung“ scheint also mit ihrer Meldung über „Reichsbannerterror in Breslau“ lediglich wieder einmal die Absicht gehabt zu haben, eine bewußt zusammengeschwindelte Meldung in die Öffentlichkeit zu taubern, um wenigstens mit ein paar lügenhaften Schauermärchen gegen das Reichsbanner heben zu können, und auf diese Weise „Material“ für das bereits von ihr so oft gewünschte Verbot dieser Organisation zu haben.

Eiserne Front ist wieder auf dem Plan Ueberfüllte Kundgebung mit Wendemuth im Zirkus Busch

Wierundzwanzig Stunden nach Bekanntgabe des Wahltermins marschierte in Breslau bereits die Eiserne Front als die aktivste Kampfgarde der Sozialdemokratie zur ersten und selbstverständlich überfüllten Wahlversammlung auf. Sie wird auch in aller Zukunft zur Stelle sein, wenn die andern glauben, zur Abwechslung wieder einmal eine Wahl veranstalten zu müssen. Schon dieser erste Aufmarsch und die durch ihn zum Ausdruck kommende Kampfstimmung wird die Hochposten davon unterrichtet haben, daß die Sozialdemokratie durch Parlamentsauflösungen nicht zu schrecken ist.

Lange vor Beginn strömten die Massen herbei. Die umliegenden Straßen am Kuppelbau auf dem Luisenplatz standen schon um 19 Uhr im Zeichen der Eisernen Front. In Scharen kamen die Männer und Frauen des werktätigen Volkes herbei, und auch die Generation der Jungwähler war stark vertreten. Auf dem Podium des mit riesigen roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückten Zirkus Busch konzertierte die Kapelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, um den zuerst Gefommenen die Zeit des Wartens zu verkürzen. In kurzer Zeit waren die Ränge brechend voll, und mancher Parteigenosse und Reichsbannerkamerad räumte seinen Platz zugunsten derer, die als Gäste gekommen waren und keinen Platz gefunden hatten. So standen noch hundert unserer Genossen vor dem dichtbesetzten Bau und warteten draußen den Schluß der Versammlung ab. Stürmischer Beifall grüßte die unter den Klängen des Sozialistenschmiedes einmarschierenden Jahrganggruppen, die von den Trägern der großen Sturmflaggen des Reichsbanners, der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterpartei geführt wurden und sich in der Manege aufstellten.

Der Breslauer Parteivorstand, Genosse Zimmer, eröffnete die Kundgebung, kennzeichnete ihre Bedeutung als erste Wahlversammlung, mit der wir den Angriff gegen die Regierung der Reaktion beginnen und erteilte dann dem ebenfalls stürmisch begrüßten Reichstagsabgeordneten Genossen Karl Wendemuth-Waldenburg das Wort, der für den plötzlich erkrankten Genossen K u i n e r schnell nach Breslau geeilt war.

Genosse Wendemuth leitete seine Ausführungen mit dem Hinweis ein, daß die Vorgänge der letzten Woche dazu beigetragen haben, die politische Krise der endgültigen Entscheidung zuzutreiben. Das Kabinettsbrüning, das versucht hatte, das kapitalistische System unangestastet zu lassen, das sich aber trotzdem um einen Ausweg aus der Krise bemühte und in den verschiedenen Abbaumassnahmen zu finden gesucht hatte, ist von den Vertretern des gleichen kapitalistischen Systems gestützt worden, und der Führer dieses Kabinetts, der es immerhin verstanden hatte, sich außenpolitische Geltung zu verschaffen und im Begriffe war, durch internationale Regelungen einige Erleichterungen herbeizuführen, wurde in diesem Augenblicke von dem gleichen Reichspräsidenten entlassen, dessen eifrigster Wahnwache er war.

Au die Stelle der gestürzten Regierung ist zwar etwas anderes, aber nichts Besseres getreten, denn was sich

uns in der Regierung des Herrn von Papen vorstellt, ist wirklich nicht von Pappe. (Stürm. Beifall.) Man kann seine Mitgliedschaft in der Zentrumspartei als nur provisorisch ansprechen, denn seit Jahr und Tag waren seine Bestrebungen darauf gerichtet, einen Abbau der sozialen Fürsorge und die Schaffung einer Rechtsregierung herbeizuführen.

Auch der zweite Kopf dieses Kabinetts, Herr von Schleierher ist kein Unbekannter im Reichstage und man kann ohne Uebertreibung sagen, daß er seinen Namen mit Recht verdient.

Die Außenpolitik vertritt in dieser Regierung der gleiche Herr von Neurath, der vor Jahren einer der eifrigsten Befechter der Forderung war, daß Deutschland dem Völkerbunde nicht beitreten soll. Schon diese wenigen Charakteristika der Regierung der edlen, erlauchten und hochwohlgeborenen Herren, (Zuruf: Monokratie!) die das deutsche Volk regieren wollen.

Genosse Wendemuth ging dann auf die aufreizende Regierungserklärung ein, in der von „Staatssozialismus“ und „Wohlfahrtsanstalt“ die Rede ist. Wo ist nur so etwas, wie Staatssozialismus oder auch nur der Anfang einer entsprechenden Idee? Die Sozialdemokratie hat in dieser Beziehung gewiß manche Forderung gestellt, aber derartige marxistische Experimente sind immer abgelehnt worden und unverwirklicht geblieben.

Schwer wird es, parlamentarisch zu bleiben, wenn man sich an der Formel der Wohlfahrtsanstalt äußern soll. Es gehört eine robuste Moral dazu, Ausführungen, wie in der Regierungserklärung zu machen, in einer Zeit, in der Millionen Volksgenossen seit Jahren als Opfer des kapitalistischen Systems hungern müßten.

Seute, nach einem Abbau der Unterführungen und Renten auf ein Maß, das kaum noch ausreicht, sich vor dem physischen Zusammenbruch zu retten, von Wohlfahrtsanstalt zu reden, ist eine Schamlosigkeit, wie sie von einer deutschen Reichsregierung bisher nie zu vernehmen war.

Wenn schließlich sogar der Klassenkampf in den Kreis der Regierungsüberlegungen gestellt wird, dann muß schon einmal die Frage aufgeworfen werden, ob die Arbeiterpartei, oder das kapitalistische System ihn entfacht. Die Herren von Ar- und Helm haben ihn dem Proletariat erst gelehrt. Sie waren die ersten Klassenkämpfer, bis sich auch das Proletariat erhob und ihn nun allerdings führte und auch weiter zu führen gedenkt bis zum Ziele, von dem es sich auch unter Opfern nicht abbringen lassen wird. (Stürmischer Beifall.)

Auch die Bemerkungen über die Zerjekung der Kultur durch das atheistisch-marxistische Denken und die Kompromißfreundlichkeit des Christentums kennzeichnete der Redner treffend. Er fragte, ob es nicht stets die nach außen als gute Christen auftretenden Kapitalisten sind, die die Arbeiter auf die Straße warfen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, ob sie nun mit ihren Familien kreieren. Die Herren, die eine so eindeutige Regierungserklärung erlassen, täten besser daran, Worte vom Christentum lieber nicht in den Mund zu nehmen.

Nachdem man auch den Reichstag nach Hause geschickt hat, ohne sich ihm vorzustellen, sind die Fronten klar und die Lager eindeutig geschieden. Für die Arbeiterklasse gibt es nur den entschiedenen, bis zur letzten Konsequenz geführten Kampf zur Beseitigung dieser Regierung.

Genosse Wendemuth sprach dann treffende Worte über die „Arbeiterpartei“, die sich auch noch sozialistisch nennt und das System ändern wollte, nun aber plötzlich nicht mehr weiter zum Sturm bläst. Es muß eine eigenartige sozialistische Arbeiterpartei sein, die die Lebensrechte der Opfer des Kapitalismus verachten lassen will.

Schließlich ging der Redner noch auf die Verhältnisse in Preußen ein, wo man offenbar unter Anlehnung an Schillers „Tell“ einen Landvogt Gehler einzusetzen beabsichtigt und wies auf darauf hin, daß der Regierungssturz alle Hoffnungen auf Lausanne zerfchlagen habe, weil das Ausland neue Bedrohungen und neues Kriegsgelächeln befürchte.

Seine Anklagen gegen diese neue Reichsregierung beschloß Genosse Wendemuth mit einem wichtigen Appell an die Männer und Frauen der Eisernen Front, die nun die Verpflichtung in sich führen müssen, in Reich und Glied der Front zu stehen, der jetzt die Aufgabe obliegt, zum Generalangriff gegen die Feinde des Volkes zu führen. Voran die Banner der Republik und die roten Fahnen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Von dieser Stunde an hat sich die Eiserne Front in Marsch zu setzen und jeder möge sich aus ihren Reihen scharren, der den Kopf hängen lassen will. (Stürmischer Beifall.) Die Sozialdemokratie wird auch diesen Kampf unter ihrem festgewohnten roten Banner führen und entscheiden.

Minutenlanger Beifall bekräftete dem Abgeordneten, daß seine Worte die Empfindungen der Massen sind, die nun auch ihren Mann stehen werden.

Genosse Zimmer gab der Versammlung noch Kenntnis von einer telegraphisch aus der Sitzung des Parteiaususses ergetroffenen Mitteilung über deren Verlauf: Kurz begrüßte er auch die neuen Kämpfer in unseren Reihen, die sich während der gegenwärtigen Werbeweche in unsere Front eingegliedert haben. Er schloß mit der Frage an die Versammelten: „Wollt ihr, daß Hitler an die Macht kommt?“

Tausendstimmig, wie ein Gelöbnis, brauste das „Nein“ der Massen und unser Kampfgruß „Freiheit“ durch den Kuppelbau, zu dem sich symbolisch die Tausende Proletariatskämpfer emporstreckten. Spontan stimmten die Massen unseren marxigen Kampfgesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ und die „Internationale“ an, unter deren Klängen die Fahnen- und Bannerträger ausmarschierten.

Die morgige Mitglieder- versammlung der Partei verschoben

Die für morgen angelegte Mitgliederversammlung der Partei wird wegen voraussichtlich langer Dauer der morgen gleichfalls stattfindenden Stadtverordneten-Sitzung auf die Mitte der nächsten Woche verschoben.

Wir bitten die Parteigenossen, von dieser notwendigen Aenderung Kenntnis zu nehmen.

Wir greifen an - SPD!
heran zur SPD!

Wer ein einziges Mal

CLUB geraucht hat, mag alle anderen Marken probieren - er wird

doch zu CLUB zurückkehren, denn die CLUB-Mischung kann

weder durch Reklame noch durch „Zugaben“ ersetzt werden.



Neue Straßennamen

in den eingemeindeten Gebieten

Auf Vorschlag des Magistrats hat der Polizeipräsident eine größere Anzahl Breslauer Straßen umbenannt, die hauptsächlich im Eingemeindungsgebiet liegen. Es handelt sich dabei zum Teil um Straßen deren Namen durch die Eingemeindung mehrheitlich in den Stadtbereich kamen oder um bisher noch unbenannte Straßen.

In Neulitz erhalten die von der Seibelstraße abzweigenden Straßen die Namen Comeniusstraße, Jacob-Böhme-Straße und Geoskosstraße. In der Nähe dieser befinden sich auch die Freytagstraße und die Annelus-Silesiusstraße. Es handelt sich bei diesen Namen um schlesische Musiker.

Auch Osowitz ist bei der Namensgebung bedacht worden. Der am Kapellenberg vorbeiführende Weg wird Leiperstraße benannt und der parallel zur Oswitzer Straße verlaufende Siedlungsweg heißt künftig Subertusweg.

Die Bahnhofsstraße in Schwoitz führt von nun an den Namen Am Baiserwalde. Jannegasse und die alte Wildschücker Straße werden in Heinrich-Gromannstraße umgetauft, während der Friedhofsweg den Namen Hermannstraße erhält. Bei diesen Namen handelt es sich um verdiente Ortsbewohner.

In Klein-Tschansch wird es südlich der Ofenerstraße eine Hultschinerstraße geben.

Die Dorfstraße in Schmiedefeld wird in Schmiedefeldstraße umbenannt. Der Verbindungsweg von der Weibelstraße nach dem Bahnhof heißt künftig Ruffener Straße und weiter gibt es künftig in dieser Gegend auch eine Straßender Straße und eine Stargarder Straße.

Der Weg zwischen Friedewalde und Kawallen wird Alkensteinstraße benannt.

Auch im alten Stadtgebiet erfolgen einige Neuerungen. Die Neue Matthiasstraße verschwindet und wird sich in eine Feudersstraße verwandeln, mit Rücksicht auf das neue Denkmal am Matthiasplatz.

Der Weg zwischen Mühlbergsweg und Groß-Nachbarnstraße erhält den Namen Gierthstraße zur Erinnerung an den Stifter der Gierthstraße Kapelle.

Der Krieterner Weg in Verlängerung der Trentinstraße wird künftig ebenfalls den Namen Trentinstraße führen.

Unterhaltungsabend für die Erwerbslosen im Wappenhof

Die Erwerbslosen das nervenzerrüttende Einerlei ihrer Untätigkeit wenigstens einen Abend lang vergessen zu lassen, ist eine Aufgabe, die nicht hoch genug bewertet werden kann. Paul Richter, der als Veranstalter des umfangreichen Programms zeichnete, darf daher des uneingeschränkten Dankes der zahlreich erschienenen Zuhörer gewiß sein. Alle Nummern der sehr langen Vortragsteile ausführlich besprechen, hieße den zur Verfügung stehenden Raum bedeutend überschreiten; manche der sich in so dankenswerter Weise zur Verfügung stellenden Mitwirkenden werden sich daher mit einem Gesamtlob begnügen müssen.

Gerhard Rose, von Martha Ringel-Hübner ergast, aber etwas trocken begleitet, spielte drei virtuose Violinstücke, von denen das zweite, ein Sittiano eines offenbar aus dem frühen 18. Jahrhundert stammenden Komponisten (der Name war nicht zu verstehen) am besten geriet. Die an dritter Stelle stehenden Zigeunerweisen von Sarasate gestalteten sich leider durch ein widerwärtiges Bogenhaar zu einem „Kampf mit der Materie“.

Sehr laubere Arbeit lieferten die zwei Deluca, die sich erst als Jongleure, dann in einem Kräftakt präsentierten. — Eine von Fred Kasper und Bobby Walden gespielte Szene „Ein neuer Beruf“, in der alle Möglichkeiten des „Schiefachentönnens“ gezeigt wurden, witzte köstliche Heiterkeit aus. Es scheint eben leider auch mit diesem neuen Beruf nichts los zu sein. — Fritz Sylva brillierte besonders in der köstlichen Parodie einer Soubrette und hatte auch in dem am Schluß des Programms stehenden Sketch von Fred Kasper „Die Dame in Blau“ starken Anteil am Erfolg. — Sehr interessant, wenn auch nicht in allen historischen Angaben ganz richtig, war auch die Vorführung alter Musikinstrumente durch Keca. Feinlich mußte es nur den Musikern berühren, daß die wiedergegebenen Musikstücke meist aus neuester Zeit stammten und so den alten Instrumenten oft nicht angemessen waren. Ist es z. B. notwendig, auf einer Nagelgeige ausgerechnet das Intermezzo aus „Cavalleria Rusticana“ zu spielen? — Der Veranstalter Paul Richter trug selbst einige Volkslieder und, von Martha Ringel-Hübner und dem Komponisten an zwei Flügeln begleitet, einige belagerte Chansons von Heinz Jamerit vor. Ich konnte der Art seines Vortrages wenig Geschmack abgewinnen, wodurch natürlich sein Verdienst als Veranstalter des Abends keineswegs geschmälert werden soll. — Wenig schön waren die Leistungen des Volkstanz-Balletts; hier ist schon rein technisch noch vieles auszugleichen. Nicht zu vergessen ist schließlich Karl Wappaus mit seinem Orchester, der, wie immer, ein ganz vorzüglicher, feiner Begleiter war.

Keine Zusammenlegung der Breslauer Gymnasien

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die früher erteilte Genehmigung zur Zusammenlegung des Elisabeth-Gymnasiums und des Realgymnasiums am Zwinger wieder zurückgezogen. Der Zwinger besteht also als völlig selbständige Anstalt in den bisherigen Räumen weiter und nimmt auch Neuanmeldungen, vor allem für die Sexta 1933, schon jetzt entgegen.

Sänger- und Trachtenfest

Das Konzert, das der Schleißche Sängerbund als Auftakt zu den diesjährigen „Schleißchen Tagen“ vom Sonntag, dem 12. Juni, (Sänger- und Trachtenfest) um 16 Uhr, in der Jahrhunderthalle unter Leitung des Bundeschormeisters Hermann Behr veranstaltet, wird etwa 2000 Sänger der beiden Breslauer und der Breslau benachbarten Gaus des Bundes auf dem Podium versammeln. Nach einem einleitenden Orgelvortrag von Kirchenmusikdirektor Otto Butzer wird der Massenchor fünf Volkslieder a capella zum Vortrag bringen. In der nun folgenden Pause werden die Brüdenerger, Schönwälder, Braunauer, Klewälder und Schreiberhauer Trachtengruppen einige der alten schlesischen Volkslieder wie den „Liedentuchwälder“, den „Samtmantel“, den „Bürgerwälder“, den „Haren-Sänger“, sowie den „Schwedisch“ nach der Weise der Waldenburger Bergkapelle (Leitung Musikdirektor Raden) vortragen. Dann singt der Massenchor vier von Hermann Behr eigens für dieses Konzert für Männerchor gesetzte schlesische Volkslieder. Das Präludium in Es-Moll für Orgel, von Musikdirektor Butzer vortragen, beschließt das Konzert.

Sänger- und Trachtenfest

Der Bundeschor beginnt am Mittwoch, dem 8. Juni d. J., im Verkehrsverein Breslau, Gartenstraße 96, I., Schweidnitzer-Straße 43 (Ede-Hummerei) und Verkehrsstelle Hauptbahnhof, Verkehrsbüro Barock-Theaterklasse Verkehr: Jul. Hainauer, Karlsstraße 18/49; Richard Hoppe, Zwingerplatz 8 und Tagesstätte Jahrhunderthalle.

Stiltschneiderei
feiert heute der Bauarbeiter Wilhelm Brenner, Hippelstraße 20, und seine Ehefrau Martha, geb. Schermann, 8. ist langjähriger Leiter der Volkswacht. Wir gratulieren!

Schlüssel im Zirkus Saß gefunden
In der getriggen Umgebung der Eisernen Franz im Zirkus Saß ist ein Schlüssel gefunden worden, der in der Retaktion der Volkswacht abgeholt werden kann.



Städtische Sparkasse zu Breslau

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Am Mittwoch wird um 19 Uhr Dr. Heinicke über: „Die internationale Bedeutung der Reparationen“ von der deutschen Welle Berlin aus sprechen. Der Themastellung nach zu schließen, dürfte sich dieser Vortrag ausschließlich auf eine rein sachliche Information beschränken. Alles, was darüber hinaus geht, wird wie immer bei solchen hochpolitischen Vorträgen mit gewisser Vorsicht aufzunehmen sein. Um 20,30 Uhr sendet der Schlesische Rundfunk die auch in Breslau mit Erfolg aufgeführte Komödie von Kurt Geß „Ingeborg“. Die Titelrolle spielt die begabte und sympathische Tatjana Sais.

Vermischtes

Mörder verhaftet

Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete den seit langer Zeit gesuchten 27-jährigen Raubmörder Willy Schliekau aus Niederbodeleben bei Magdeburg. Schliekau, der Unter den Linden nichtsahnend auf einer Bank saß, als ihn das Schicksal traf, wurde nach Magdeburg transportiert. Er hat bald nach seiner Verhaftung gestanden, im vergangenen Jahre den Meister Johann Martwardt mit einer Schlinge ermüdet zu haben. Er habe Martwardt gegen Stellung einer Kaution in Höhe von 50 Mark eine Stellung versprochen, das Geld aber für seine eigenen Zwecke verbraucht. Der Betroffene zog Schliekau zur Verantwortung, wurde aber von diesem niedergeschossen und, als er bewußtlos da lag, erdrosselt.

Nicht Arbeiter verunglückt

In der Nähe von Naghmad in Oberägypten fanden acht Arbeiter durch die Explosion einer Lokomotive den Tod; 11 Arbeiter wurden schwer verletzt.

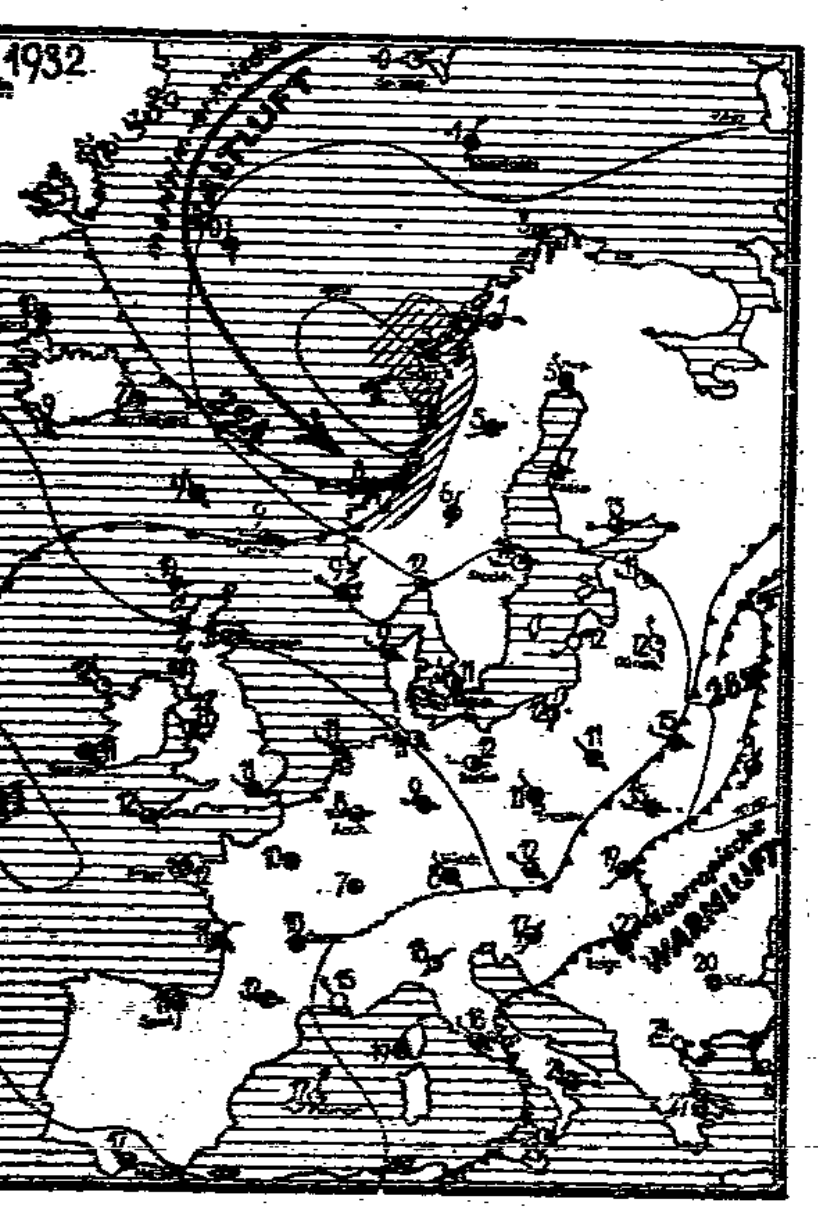
Panik im Luxushotel

In einem Luxushotel der Stadt Cleveland (USA.) brach am Dienstag vormittag ein Großfeuer aus. Die Hotelgäste wurden von einer Panik ergriffen und kletterten auf der Flucht vor den Flammen an die Fenstertreue der Hotelzimmer. Die alarmierte Feuerwehr brachte vierzehn verletzte Personen ins Krankenhaus, vier Menschen kamen in den Flammen um. Nach den neuesten Meldungen hat sich die Zahl der bei dem Hotelbrand ums Leben gekommenen Personen von vier auf acht erhöht. Mehrere Personen werden noch vermisst. Bisher ist es nicht gelungen, die Toten zu identifizieren.

Schule für Wunderkinder

In Chicago wurde dieser Tage eine Schule eröffnet, die nur für Kinder bestimmt ist, die in ihrer Lernfähigkeit den Durchschnitt „turmhoch“ überragen. Die „Northwestern University“ betreut diese Schule. Aus ganz USA. sind schon Anträge von Eltern eingelaufen, die ihre Wunderkinder hier unterbringen möchten.

Wasserstand			
	7.6.	8.6.	
Katzen	1.30	1.92	Kantern (Unter-Wege)
Reife (Stadt)	-0.03	-0.17	Dahmsdorf
Reifen (Unt.-Wege)	1.80	1.92	Abzugsmenge schmelzsch.
Brig (Klosterbau)	2.13	2.55	Häutenberg vom 7.6.
Tschel	0.94	1.06	Wasserwärme + 16,8.



Sozialdemokratische Partei

Partei-Generalsekretariat
Gewerkschaftshaus, Zimmer 107-110
Telefon Nummern 59070-59061
Öffnet außer Sonntagen von 8-1 und 4-7 Uhr

Wir beteiligen uns vollständig an der am kommenden Sonntag 10. Juni stattfindenden Kundgebung des Verbandes der Arbeiter-Sammler, Diktator und Sturmtruppen gegen die im Vorraum der Jahrhunderthalle.

Direkt 1. Mittwoch, den 8. Juni, Nachmittagsausflug nach D. mit Kaffeepfand. Treffpunkt 14,45 Uhr. Einzug an Salspar.

Direkt 2. Alle Kaffeezer treffen sich heute am 17. Juni beim Diktator.

Direkt 3. Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, bei Grundmann, Franzstraße 72, Diktatorversammlung. Referent: ...

Direkt 4. Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, bei Grundmann, Franzstraße 72, Diktatorversammlung. Referent: ...

Direkt 5. Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, bei Grundmann, Franzstraße 72, Diktatorversammlung. Referent: ...

Direkt 6. Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, bei Grundmann, Franzstraße 72, Diktatorversammlung. Referent: ...

Direkt 7. Donnerstag, den 9. Juni, 20 Uhr, bei Grundmann, Franzstraße 72, Diktatorversammlung. Referent: ...

Direkt 8. Donnerstag, den 9. Juni, 20 Uhr, bei Grundmann, Franzstraße 72, Diktatorversammlung. Referent: ...

Direkt 9. Donnerstag, den 9. Juni, 20 Uhr, bei Grundmann, Franzstraße 72, Diktatorversammlung. Referent: ...

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Fürsorger und Fürsorgerinnen
Nächste Sitzung am Freitag, den 10. Juni, 20 Uhr, im Büro der Arbeitsgemeinschaft. Gäste willkommen.

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten
Erscheint recht zahlreich zu unserem heutigen Arbeiter-Diktatorabend im Zimmer 143 des Gewerkschaftshauses, der Genosse Lippmann ausgiebig.

Sozialistische Arbeiterjugend
Jugendkondere, Donnerstag 14.6. die Funktionserklärung aus. Seite 1 (Jugendrat). Seite 15.30 Uhr Spielwiese Feldenau (S. S. 7. Redaktion). Wir sind heute ab 15 Uhr auf Spielwiese (Aufführungsstelle).

Freiwerkschattliches Jugendfeste
In alle Gruppen. Wir weisen darauf hin, daß am Sonntag vormittag 10 Uhr in der Jahrhunderthalle die Funktionserklärung des Verbandes der Arbeiter-Sammler stattfinden wird. Alle Jugendlichen und Eltern sollten daran teilnehmen. Eintrittskarten (Freiwerks) beim Jugendheim oder Koll. Jugendheim. Treffpunkt 19.30 Uhr im Jugendheim. Vorkauf: ...

Freidenkerjugend
Gruppe Nord. Heute 20 Uhr im Heim, Michaelisstraße 30, gegen die Mitglieder von dem zweiten Rosten Treffen in Zettelsdorf. Gruppe Süd. Heute 19.30 Uhr im Heim, Taubengartenstraße 84. Gruppe West. Wir treffen uns heute 19.45 Uhr vor dem Heim, Zettelsdorfstraße 45.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterinnenfreunde Breslau
Arbeiterinnen Vorstand. Mittwoch 20 Uhr wichtige Sitzung im Zimmer des Gewerkschaftshauses. Referent: ...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Abteilung West. Sonnabend 20 Uhr bei Heintze in Koll. Abteilung Ost. Sonnabend 20 Uhr bei Heintze in Koll. Mitglieder und Angehörige der Eisenen Front sind eingeladen. Nächste Sitzung gemäßigtes Beisammeln am Sonntag 10. Juni, 20 Uhr, bei Heintze in Koll. Mitglieder und Angehörige der Eisenen Front sind eingeladen.

Wo holt sich der Arbeiter Rat und Hilfe
Sprechstunden der Arbeiterwohlfahrt
Abteilung: Haus- und Wochenspflege
Ortsauschuß, Flurstraße 4, Hof, II. Telefon 57766
Auskunft über die Vermittlung von Hauspflege täglich von 10-15 Uhr.
Unsere Hauspflegerinnen mit und ohne Krankenpflegerische Vorbildung, übernehmen, besonders für Minderbemittelte Familienpflege. Bezahlung nach Vereinbarung.

Abteilung: Allgemeine Wohlfahrt
Ortsauschuß, Flurstraße 4, Hof, II. Telefon 57766
Beratung in allen Wohlfahrtsangelegenheiten täglich, außer Freitag und Sonnabend, von 12-14 Uhr. (Vor 12 Uhr für niemand in die Beratungsstelle hineingelassen werden, eben nicht nach 14 Uhr, da vorher und nachher die Räume anderweitig gebraucht werden.)
Rat und Auskunft werden kostenlos durch die Fürsorgerinnen der Arbeiterwohlfahrt erteilt.

Abteilung: Erziehungs- und Jugendberatung
Bezirksauschuß, Flurstraße 4, Hof, II. Telefon 54620
Auskünfte in allen Erziehungsfragen an Eltern und die heranwachsende Jugend jeden Mittwoch von 17-19 Uhr.
Die Beratungen, für die besonders geschulte Kräfte zur Verfügung stehen, sind kostenlos. Die Unterredungen werden streng vertraulich behandelt.

Abteilung: Fürsorge für Alkoholtrinker
Bezirksauschuß, Flurstraße 4, Hof, II. Telefon 54620
Beratung für Alkoholtrinker und deren Angehörige jeden Montag von 17 bis 19 Uhr.
Rat und Auskunft werden kostenlos von Mitgliedern des Deutschen Arbeiter-Abklingerbundes erteilt.

Sexualberatungsstelle
Bezirksauschuß, Flurstraße 4, Hof, II. Telefon 54620
Verlässliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens. Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschafts-Verhütung usw. jeden Dienstag und Donnerstag von 18.30 bis 20.30 Uhr.
Die Beratung ist kostenlos. Sie unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Personalangaben sind nicht erforderlich.

Sprechstunde für Erwerbslose
Rat und Auskunft in allen einschlägigen Angelegenheiten erteilt die Erwerbslosenkommision der SPD, Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10. Sprechstunden täglich von 9 bis 11 Uhr, außer Sonnabend. Bei Anfragen von auswärtigen wird gebeten, Rückporto beizufügen.

Juristische Sprechstunde
findet nächste Woche Mittwoch und Sonnabend von 4-5 Uhr statt. Es wird Rechtsauskunft gegen Vorlegung der Abonnement-Quittung erteilt. Schriftliche werden nicht angefertigt. Schriftliche Anfragen können nur beantwortet werden, wenn Rückporto beiliegt.

Reinrassiges Landestheater für OS.

Kan an die Futterkrippe, eine „Kultur“parole der Nazi - Kulturabteilung der NSDAP bestiehlt die Allgemeinheit

Das Oberschlesische Landestheater in Beuthen ist ein gemeinnütziges Unternehmen, an welchem Staat, Kommunen und Theaterbesucher-Organisationen (Freie Volkshäuser, sowie Bühnenvolksbünde) beteiligt sind. Es galt bisher als eines der wertvollsten „Kulturvollwerke“ im deutschen Osten. Wenn das Theater trotz aller Finanznöte den Krisenwinter verhältnismäßig gut überstand, so ist das in erster Linie den nicht unbedeutenden Zusätzen des Preussischen Staates zu verdanken, was der Gen.-Intendant Illing auch wiederholt anerkannte. Der auch in Oberschlesien zutage getretene Nazistimmenwachstum scheint aber neuerdings Herrn Illing zu einer anderen Auffassung befehrt zu haben. Unwiderrspochen ging in diesen Tagen die Nachricht durch die ober-schlesische Presse, daß er Leiter der „Kultur“-Abteilung der NSDAP in Beuthen, dem Hg. Kunstmalers Fabel die Versicherung abgegeben habe, in Zukunft keine Ausländer und Juden mehr an seinem Theater zu engagieren! Auch Oberbürgermeister Kraus, ein Zentrumsmann, soll in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Oberschlesischen Landestheater G. m. b. H. den Nazis versprochen haben, dafür zu sorgen, daß nur noch „Deutsche“ am Oberschlesischen Landestheater eingestellt werden. Dieser Kenner der ober-schlesischen Verhältnisse weiß aber, daß gerade in OS die jüdischen Bevölkerungsteile einen ganz erheblichen Prozentsatz der Theaterbesucher ausmachen, während vor den Talentkreuz-Jünglingen bekannt ist, daß Kunst und Literatur ihnen böhmische Dörfer sind. Was Herr Illing mit seinen eine Nazibühne, wie sie bereits angekündigt wurde, ausrichten will, ist ihm nicht klar. Denn die bisherigen Besucher des Illing'schen Theaters werden es sich wohl rechtlich überlegen müssen, wieweit sie sich eine derartige Unterbrechung der Kunst unter parteipolitische Machtgelüste der Nazis gefallen lassen!

Vorausgegangen ist diesen Willensäußerungen werden den Aufseherbüchseins der Herren Illing und Anaktid eine monatelange unterirdische Wühlarbeit der Reichs-Organisationsleitung, Abteilung Rasse und Kultur, der NSDAP, und der Nazistreibschäfte beim Landestheater. In einem Rundschreiben Nr. 24 an die Herren Kultur-Abteilungsleiter bei den Gaue der NSDAP heißt es u. a. wörtlich:

„Um endlich der gefunntungsmäßigen und gestaltungs-mässigen Brunnenergänzung in unserem Theaterleben Herr zu werden, muß unser Angriff auf diesem Gebiet jetzt energetisch einsetzen. Die politische Bedeutung des Theaters wird durch die Tatsache erhellt, daß an jedem Abend in 327 Theatern Deutschlands vor etwa 225 000 Zuschauern Werke gespielt werden, die zum Teil, sogar zum erheblichen Teil un-deutsches Geistesgut sind. Ein Beispiel: Am Tage vor dem Braunschweiger Aufmarsch konnte der Intendant des dortigen Landestheaters es wagen, während unseres Fadelzuges den „Hauptmann von Köpenick“ (Nählen sich „National-„sozialisten“ etwa getroffen? Red.) zu inszenieren.“

Dieser Zustand muß geändert werden. Um den Spielplan wirksam beeinflussen zu können, ist es notwendig, die leitenden Stellen in den Theatern und die Theaterauschüsse der Stadtparlamente mit Nationalsozialisten zu besetzen. Haben wir die leitenden Stellen, so bestimmen wir über Bühne und Spielplan.“

Das Parteibuchsystem das man dem Marxismus so gerne und oft vorwarf, wird, bezeichnenderweise auf einem kulturellen Gebiet geradezu zum Prinzip erhoben. Um einer weiteren Deffektivität einen Auschnitt ihrer kulturellen Ziele zu geben, veranstaltete die Ortsgruppe Beuthen der NSDAP kürzlich einen „Deutschen Kulturabend“, auf welchem Kulturwart Fabel über „Theaterfragen der Gegenwart“ sprach und bei dieser Gelegenheit der auffordernden Mittelwelt zu wissen gab, daß unser Theater heute vollkommen marxistisch-liberalistischen Einflüssen unterworfen sei. Insbesondere seien die Grenzland-Theater dadurch gefährdet. Natürlich zeige auch der Spielplan ein marxistisches Gesicht. Leider haben die Oberschlesier von diesem „marxistischen Gesicht“ ihres Theaterplans noch nichts bemerkt. Im Gegenteil; alle Anstrengungen der Freien Volkshäuser, den Spielplan auch nur zeitgemäher und lebendiger zu gestalten, scheiterten bisher an dem Widerstand des Herrn Illing und seiner Hintermänner, aus den Kreisen der katholischen Kirche.

Dieser „Deutsche Kulturabend“ in Beuthen war auch mit einer Theater-Ausstellung verbunden, bei der Entwürfe und Modelle des Bühnenbildners Hermann Faindl den Hauptteil ausmachten. Wenn diese Ausstellung über die Kreise der Nazis hinaus das Interesse weitester Bevölkerungsteile hervorgerufen hat, so deshalb, weil bekannt wurde, daß das gesamte künstlerische Personal des Oberschlesischen Landestheaters aus der „Kultur“- und aus anderen Werksstätten beauftragt worden war, mit dem Material und auf Kosten des Theaters die ausfallenden Modell-Büchsen etc. herzustellen. Allerdings gelang es in Abwesenheit des Herrn General-Intendanten, der sich währenddessen in einem ausländischen Bade von den Strapazen seiner Tätigkeit erholt und sein germanisches Rassemüßigkeit aufreichte. So wurde das teuerste Sperrholz, Farbstoffe und sonstiges wertvolles Material, das aus den Mitteln der Allgemeinheit beschafft worden war, für die „Kultur“-Propaganda einer Gruppe von Menschen verbraucht, die sonst für das Theater nie etwas übrig gehabt hätte. Und das in einer Zeit, in der die Schauspieler sterben müssen, weil ihnen in diesem Jahre die sonst übliche Nachspiel-Zeit nicht bewilligt werden konnte!

Man bekommt an diesem ober-schlesischen Beispiel einen Vorgeschmack, wie die Theaterpolitik im Dritten Reich aussehen wird! Zunächst heißt es natürlich: Kan an die Futterkrippe, Besetzung aller leitenden Stellen mit Nationalsozialisten“, dann heraus mit allen „Fremdrassigen“ (d. h. allen nicht National-„sozialisten“) aus dem Theater. Reinigung des Spielplans von allen „marxistisch-liberalistischen“ Stücken (auch die liberalistischen Dramen eines Lessing, Schiller, Goethe, Hebbel, Büchn, Hauptmann kämen wohl auf den Index und das Resultat wäre faktisch der völlige Zusammenbruch deutscher Theaterkultur; eine Gefahr gegen die sich alle aufrichtigen Freunde des Theaters und wirklicher Pflege der Kultur zur Wehr setzen müssen.

Schweidnitz. Auto legt einen Baum um. Am Sonntagabend stieß auf der Kunststraße Schweidnitz-Reichenbach ein Personenkraftwagen mit einem Schweidnitzer Leichenüberführungsauto zusammen. Dabei verlor der Fahrer des Personenkraftwagens die Herrschaft über das Steuer und kaufte mit voller Wucht gegen einen Chausseebaum, der glatt umgelegt wurde. Der Fahrer, der gegen die Windschutzscheibe gelehrt wurde, erlitt erhebliche Schnittwunden.

Beuthen a. O. Fikherinnung gegen den preussischen Staat. Jetzt hat die Beuthener Fikherinnung Klage gegen den Staat auf Zahlung einer Entschädigung von 24 000 RM. erhoben, da sich die Innung durch die Überregulierung in der Ausübung ihres Gewerbes beeinträchtigt fühlt. Die Innung beruft sich dabei auf ihre alten Rechte und einen Rosch des Fürsten von Carolath.

Beuthen a. O. Der nasse Tod. Zwischen der Babegastalt und dem Gelbhaushaus führte von einem Stromaufwärts stehenden Naturbahn die 13jährige Tochter des Besitzers infolge eines Fehltritts in die Ober. Das Mädchen verlor sofort im Strom und konnte auch von dem ihr sofort nachspringenden Bruder nicht mehr gerettet werden. Die Leiche wurde noch nicht gefunden.

Alt-Mährsdorf, Kr. Vollenhain. Sich selbst gekillt. Wie bereits berichtet, wurde in Alt-Mährsdorf bei Vollenhain dieser Tage eine schwere Bluttat verübt. Der etwa 16 Jahre alte Alfons Gebauer aus Breslau, der mit etwa 30 Arbeitsdienstwilligen des Annabergbundes in dem Forst des Grafen Urgos (ist das auch „wählige und gemeinnützige“ Arbeit? Red.) arbeitete, schlug einen Kameraden im Streit mit einer Axt auf den Kopf, daß dieser tot zusammenbrach. G., der nach der Tat geflüchtet war, hat sich nun, von Reue gepackt, in Freiburg selbst der Polizei gestellt.

Bretelsdorf Kreis Lauban. Am Gartenzaun aufgespießt. Hier kam ein 13jährige Schüler mit seinem Rasen in Folge der ausgewichenen Straße zu Fall. Er stürzte so unglücklich auf die Eigenspitze eines Zaunes, daß ihm der Hals aufgeschnitten wurde und er sofort in eine Klinik eingeliefert werden mußte, wo die Wunde genäht wurde. Um ein Haar wären Schlagader und Kehlkopf zerrissen worden.

Gleiwitz. Wochenblatt-Journalist verurteilt. Der Schriftleiter des „Blitz im Osten“, der Beilage des Breslauer Wochenblattes „Ostdeutscher Herald“, Hans Pilot, wurde in der Berufungsinstanz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem er in erster Instanz ein Jahr Gefängnis wegen Beleidigung des Kreis-Waldenbaummeisters Anton Weisner im Zusammenhang mit einer Verhandlung über angebliche Vorgänge in der Kreisverwaltung von Groß-Strehlitz erhalten hatte.

Aus der Umgebung

Aus dem Roberwitzer Gemeindepapament

Kleiner Ueberschuh im Haushaltsplan

Die am Montag stattgefundene Gemeindevorstandssitzung beschäftigte sich mit der Feststellung des Haushaltsplans 1931. Der Etat schließt mit rund 103 673 Mark Einnahmen, denen 102 093 Mark Ausgaben gegenüberstehen, ab. Demnach verbleibt ein Bestand von 1 580 Mark. Der Gemeindevorstand, Gen. Kluge gab hiernach den Bericht des Kassensprüfers, Herrn Busse-Breslau bekannt, dem zu entnehmen war, daß zu Beanstandungen kein Anlaß vorhanden ist. Gleichzeitig wurde von den örtlichen Kassensprüfern alles in muster-gültiger Ordnung befunden.

Daß dieser Etat balanziert ist, ist nur der äußersten Spar-samkeit, der sich die Gemeinde bei den einzelnen Etatposten befehligte, zu verdanken. Zu dieser Spar-samkeit kommt, daß der Gemeinde durch unvorhergesehene Einnahmen Mittel, so bei dem Titel evangelische Schulverwaltung, wurden 3 172 Mark eingespart, durch vorübergehende Aufhebung einer Lehrermehrstelle zur Verfügung standen. Die Biersteuer erbrachte 617 Mark mehr, als im Voranschlag vorgesehen war. Desgleichen erhielt die Gemeinde 1 800 Mark Verwaltungskostenbeiträge der Kreisbetriebe. Nur so war es möglich, den Anforderungen gerecht zu werden, die sich durch die Mehrausgaben von rund 12 000 Mark, einschließlich der Kreisanteile, bei dem Titel Wohlfahrtsausgaben ergaben. Diese Ausgaben beleuchten schlaglichtartig die Lage der hiesigen Arbeiter-schaft. Auf der anderen Seite sind die ganz erheblichen wenigen Einkommen- und Umsatzsteuereinnahmen erklärlich. Trotzdem jetzt an die 20 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger in die Krisenunterstützung einbezogen worden sind, hat die Gemeinde noch immer mehr als 100 Unterstützungs-parteien zu betreuen. Der nächste Punkt der Tagesordnung Beschlußfassung über Einführung der Fürsorgepflichtarbeit löste eine lebhafte Debatte aus. Genosse Kluge bringt eine Ministerial-Berfügung des Landrats zur Kenntnis, nach der die Gemeinden verpflichtet werden, soweit als möglich Pflichtarbeit durchzuführen und Pläne für diese Arbeiten auszuarbeiten. Da bei Ablehnung der Gemeinde, Pflichtarbeit auszuführen, mit einer Sperrung der Kreisanteile der Unterstützung zu rechnen ist, und bei den bisher geleisteten Pflichtarbeiten wesentliche Schwierigkeiten sich nicht ergeben haben, beschloß die Vertreterschaft mit acht gegen drei Stimmen im Rahmen der Pflichtarbeit die Entwässerung des Dorfteiches in Aussicht zu nehmen.

Roberwitz. Die Eiserne Front marschiert wieder. Die hiesige Ortsgruppe der SPD. hatte am vergangenen Sonntagabend zu einer Mitglieder-versammlung mit geladenen Gästen im Lokal Kaiser im Wirtshaus, eingeladen. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht. Genosse Schiffer eröffnete in seinem Referat Deutschlands Entschädigungsfrage, die augenblickliche politische Lage. Der reiche Beifall am Schluß seiner Ausführungen bewies, daß die Partei im Rahmen der Eiserne Front für die kommende Zeit gerüstet ist. Mit einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen Hoch auf die Partei und dem Gelöbnis, den Faschismus bei der kommenden Reichstagswahl zur Strecke zu bringen, fand die Versammlung, deren Ergebnis mehrere Parteiaufnahmen waren, ihr Ende.

Wir bitten dringend

unserer Berichterstatter und die Ortsgruppenvorsitzenden, bei Berichten an die Zeitung das vorgedruckte Manuskriptpapier, das auf Anforderung kostenlos zugesandt wird, zu benutzen, in jedem Falle aber Berichte stets nur einseitig zu beschreiben. Meldungen über Vorkommnisse allgemeiner Art usw. sind direkt an die Redaktion, alle Mitteilungen für den Besammlungs-kalender der Partei hingegen an das Unterbezirkssekretariat einzufenden.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Hauptstadt
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Nebenz. Zimmer 17b-17c)
Telephon 59064, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-12 u. 18-19 Uhr

Idschowitz. Donnerstag, den 9. Juni, 14 Uhr, findet im Lokal Gerstenberg in Idschowitz eine öffentliche Erwerbslosen-versammlung statt. Redner ist Genosse Stalz-Breslau. Erwerbslose, aus der Umgegend, erscheinen reiflos.

Domslau. Freitag, den 10. Juni, 20 Uhr, findet bei Franke eine Mitglieder-versammlung der SPD. und des Reichsbanners statt. Redner ist Genosse Fritsch. Wir erwarten, daß alle Genossen und Kameraden an der wichtigen Versammlung teilnehmen.

Septhen. Freitag, den 10. Juni, 20 Uhr, findet im Lokal Müller eine öffentliche Versammlung statt. Redner ist Genosse Eiß Fränk-Breslau. Genossen sorgt für guten Besuch.

Ottahain. Alle Genossinnen treffen sich am Donnerstag, den 9. Juni, an der katholischen Kirche um 7 (19) Uhr zum Besuch der Klettendorfer Frauengruppe. Wir marschieren dann gemeinsam nach Klettendorf.

Sagwitz. Donnerstag, den 9. Juni, 20 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Kunisch. Alle Parteimitglieder müssen erscheinen.

An alle Bundesgenossen!

Nur noch 3 Wochen trennen uns von der größten sportlichen Veranstaltung, dem Reichsarbeiter-Sporttag. Noch schwerer als im Vorjahr sind die wirtschaftlichen Verhältnisse, noch schlimmer die politische Lage. Generalsdiktatur von oben und politische Selbstzerfleischung des Proletariats sind Erscheinungen, die immer eindringlicher zur Bellunung mahnen. Bahnbrechend wird die Erkenntnis, daß alles Trennende der verschiedensten Parteiauffassungen des Proletariats zurückzustellen notwendig ist, um den Widerstand gegen die Reaktion zu schaffen, der nur in einem Kampf Klasse gegen Klasse stark und lebendig sein wird.

In dieser Zeit demonstrieren wir in unserer Art als Sportler unter dem Wahlspruch „Nur in einem gefunden Körper ein gesunder Geist!“ für den Sozialismus! Wieder werden rote Fahnen enge Mietskalernen polieren und wieder werden von den Transparenten unsere Forderungen zu lesen sein.

Am Festkonnabend wird das Naturtheater im Scheitniger Park sich in eine Kampfstätte moderner, proletarischer Kultur verwandeln. Was dort gezeigt werden wird, das ist in der Hauptsache das Schicksal der proletarischen Masse, das wir zeigen, um es allen Proletariaten bewußt zu machen. Besucht diese Veranstaltung und beteiligt Euch aktiv.

Der Sonntag vereint uns wieder im Stadion. Wieder werden Massenübungen gezeigt. Nichts scheint geeigneter, um den einheitlichen Willen unserer Organisation sichtbar zu verkörpern als ein sich im Takte der Musik wiegendes Feld junger Proleten-leiber. Heiße jeder durch aktive Teilnahme den Gesamtindrud zu stärken, denn ist der Erfolg höher.

Kinder, ja diesmal auch Frauen stellen sich gleichfalls zur Massenübungen auf, an deren lebendige Form und Wirkung sich jeder gern erinnert. Die Leichtathleten als auch die Ballspielbewegung kommt voll zu ihrem Rechte. So wird der Reichsarbeiter-sporttag ein Ereignis, zu dem es schnell und unermüdlich rufen heißt. Rufen heißt aber heute gleichzeitig, sein doppeltes Gesicht erkennen, denn es heißt einmal den Kampf aufnehmen gegen die Schläge der Kulturreaktion, als auch die Klasse zu sammeln, zum Sturz des kapitalistischen Systems! Jeder Bundesgenosse sorgt für zahlreichem Betrieb der Karrier zum Reichsarbeiter-Sporttag.

Zur Abendveranstaltung der Arbeiter-sportjugend

In ganz Deutschland finden in den Tagen der „Rost“-Veranstaltungen, Jugendlandungen statt. Auch die Breslauer Sportjugend muß alles tun, um diese Veranstaltung zu einem wichtigen Bekenntnis und zu einer Kampfanlage zu machen. Der Jugendaus-schuh des Arbeiter-Sportartells wird versuchen, diese Aufgabe in Form eines groß angelegten Programms zu lösen. Neben einzelnen wirkungsvollen Darbietungen wird ein neues, zeitgemäßes, proletarisches Chorwerk „Vor dem Sturm“ zur Aufführung gelangen. Die Darsteller legen sich aus dem Arbeiter-Sportartell angeschlossenen Vereinen zusammen. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, sich aktiv daran zu beteiligen. Die nächste Probe findet am 8. Juni, 19.30 Uhr bei Bräuer, Gabelstraße, statt. Alle Vereine senden ihre Jugendgenossen pünktlich und zahlreich. Im besonderen wird gebeten, zu erscheinen: Der Jugendaus-schuh um 18.45 Uhr, die Musikgruppe der Freien Schwimmer, ein Trommler und ein Hornist vom Bezirksstambourkors, und die Techniker der Roberter, Freien Menschen, die Genossin Stephan und der Genosse Rudolf von der JSB.

Städte-spiel am Sonnabend, 11. Juni

18.15: Breslau I — Brieg I; Spantaplag, Schlauchhof; 67.
Rintenschlichter zu diesem Spiel stellen folgende Vereine je einen Schiri: West, Sparta, Einigkeit und Wf. Treffpunkt 17.45 Uhr bei Sachs, Frankfurter Straße 112. Uhr und Vereins-kerfen mitbringen.

Serien-spiel am Sonntag, 12. Juni

17.30: Roberwitz I — Fortuna I; Roberwitz; 108.

Gesellschafts-spiele am Sonntag, 12. Juni

- 17.30: Ohlau I — Rotweih I; Ohlau; 107.
- 17.30: Einigkeit I — Wader I; Groß-Mochbern; 101.
- 17.30: Herold I — Wf. Dels I; Sacrau; 245.
- 17.30: Wf. I — Wratistawia I; Gandau; 41.
- 17.30: Wf. I gegen Herta I; Oltahain; 122.
- 17.30: Märzdorf I — Blaugelb I; Märzdorf; 92.
- 17.30: Kawallen I — Juliusburg I; Kawallen; 25.
- 17.30: Union I — Herrprotsh I; Deutsch-Wissa; 97.
- 17.30: Sturm I — Falke I; Maria-Höfen; 59.
- 17.30: Trebnitz I — Schwarzrot, Brieg I; Trebnitz; 53.
- 17.30: Südoß I — Schleien I; Klettendorf; 56.
- 18.00: Schmarke I — Riemberg I; Schmarke; 263.
- 19.00: Blauweih I — 1924 I; Weipart; 114.

II, III und IV. Mannschaften

- 15.30: Südoß II — Jannow I; Klettendorf; West.
- 15.30: Roberwitz II — Rothhürben II; Roberwitz; Wf.
- 15.30: Sturm II — Falke II; Maria-Höfen; Wader.
- 15.30: Trebnitz II — Schwarzrot II; Trebnitz; Herold.
- 15.30: Kawallen II — Juliusburg II; Kawallen; Lanisch.
- 15.30: Märzdorf II — Blaugelb II; Märzdorf; Ohlau.
- 15.30: Wf. II — Herta II; Oltahain; Freie Sportfreunde.
- 15.30: Wf. II — Wratistawia II; Gandau; Eintracht.
- 15.30: Einigkeit II — Wader II; Groß-Mochbern; 1924.
- 15.30: Ohlau II — Rotweih II; Ohlau; Alt-Bergel.
- 14.00: Herold II — Kolenthal II; Sacrau; Adler.
- 8.30: Blauweih II — 1924 II; Weipart; Blaugelb.
- 14.00: Roberwitz III — Rothhürben III; Roberwitz; Wf.
- 10.15: Sturm III — Falke III; Maria-Höfen; Wf.
- 10.00: Wf. III — Einigkeit III; Oltahain; Tasmantia.
- 8.30: Wf. III; Wratistawia III; Gandau; Sparta.
- 10.00: Herold III — Diana III; Sacrau; Trebnitz.
- 8.00: Einigkeit III — Wader III; Groß-Mochbern; Stern.
- 10.30: Kawallen III — Kolenthal III; Kawallen; Silesia-Riders.
- 9.00: Kawallen IV — Kolenthal IV; Kawallen; Hundsfeld.
- 10.15: Wf. III — Südoß III; Weipart; 1930.

Jugend- und Schülermannschaften

- 9.00: Wf. 1. Jgd. — Südoß 1. Jgd.; Weipart; Oswitz.
- 9.00: Sturm 1. Jgd. — Falke 1. Jgd.; Maria-Höfen; Herta.
- 9.00: Kolenthal 1. Jgd. — Herta 1. Jgd.; Brüdenaue; Kawallen.
- 14.00: Wf. 1. Jgd. — Wratistawia 1. Jgd.; Gandau; Blauweih.
- 13.00: Roberwitz 1. Knab. — Rothhürben 1. Knab.; Roberwitz; Beroin.
- 15.30: Herold 1. Knab. — Kolenthal 1. Knab.; Sacrau; Beroin.
- 9.30: Südoß 1. Knab. — Wf. 1. Knab.; Klettendorf; Beroin.

Gesellschafts-spiel am Mittwoch, 15. Juni

18.00: Südoß a. S. — Wf. a. S.; Klettendorf; 87.

Gesellschafts-spiel am Donnerstag, 16. Juni

18.00: Südoß 1. Jgd. — Union 1. Jgd.; Klettendorf; 96.

Gesellschafts-spiel am Freitag, 17. Juni

18.00: Südoß III — Rothhürben II; Klettendorf; 11.

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau G. B.

Kartellversammlung 8. 6. im Zimmer 7/8, Gesellschafts-haus. Kartenausgabe. Jeder Verein und Abteilung hat sich sofort die „Rost“-Eintrittskarten und Programme im Kartell-büro in der Zeit von 16 bis 18 Uhr abzuholen. Freiübungs-probe Donnerstag die Frauen aller Abteilungen der JSB zur ersten Freiübungsprobe in der Turnhalle Schwerinstraße, 19 Uhr.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Breslau

Donnerstag: Vorstandssitzung bei Fzd. Ritter. Treffpunkt Bahnhof Wapelwitz, 20 Uhr. — Freitag, 17. Juni, Freizeitspiele im Stadion. — Sonntag: Badetur an die Ober. Treffpunkt wird noch bekanntgegeben.

Dornen und Disteln ohne Brot

Arbeiter wach auf!

Sieger der sich fürchtet — Es sollte doch keine Notverordnungen mehr geben — Werken die Hitlerwähler bald den Betrug an Deutschland?

Wählen, wählen, wählen, um Gotteswillen wählen, so schnell wie möglich wählen! Das ist der Schreckenruf, mit dem die Nazis seit Tagen hinter den Kulissen die Papenregierung, die Regierung der Barone, ihre Regierung bestürmen. Diese Regierung möchte am liebsten gar nicht wählen. Sie hat für die Stimme des Volkes verdammt wenig übrig. Wenn es ginge: ohne Wahlen, ohne Parlament, nur mit Diktat, das wäre ihr viel sympathischer. Einstweilen geht das aber noch nicht, und vor allem will das Hitler nicht; denn die nächsten Reichstagswahlen sind seine letzte Chance.

Hitler fürchtet sich vor dem erwachenden Deutschland. Vor dem Erwachen will er seine Ernte einheimen. Er weiß: wenn er einmal die Kräfte und Schlotbarone, d. h. seine Auftraggeber, in der Regierung nach ihrem Sinne politisch machen, dann ist es aus mit seinem Betrug an Deutschland. Das Erwachen könnte aber auch, unter Umständen sehr schnell eintreten. Die neue Regierung braucht nur ein bißchen unvorsichtig zu sein und schon könnte das Volk stutzig werden. In ihrem Wahlspruch hat die Papenregierung, obwohl sie viel verschwiegen hat, schon zu viel gesagt. Und dann:

Ohne Notverordnung geht es nicht, und darum sind die großen Betrüger unter der Führung Hitlers voll Angst und Sorge. Gegenüber ihren Medienburger Siegesjahren wirkt ihr Gezerz und Geraufe hinter den Regierungskulissen um die Festsetzung des Wahltermins wie eine Groteske. Die Sieger haben Angst, in acht Wochen schon nicht mehr liegen zu können. Je länger die Frist bis zu den Wahlen, desto schlimmer die Aussichten der Betrüger. Jahrelang haben sie gerufen „Deutschland erwache!“ und vor nichts haben sie mehr Angst als vor diesem Erwachen.

Eine, zwei, drei Notverordnungen, ein halbes Jahr lang Papen-Regierung und Hitler-Delegation und — verdammt, wer weiß wie das alles enden mag!

Schon steht sie vor der Tür — die erste Notverordnung. Die neue Ausrufe, mit der man die Verantwortung für die Notverordnung ablehnen will, ist auch schon zurecht gemacht. Sie lautet, diese Notverordnung sei ja Brünings Notverordnung.

Jam Lagen! Gewiß wollte Brüning vor Lausanne noch eine Notverordnung verabschieden. In seiner Reparationspolitik hatte diese Notverordnung einen bestimmten Sinn und Zweck. Brüning machte den Versuch, durch grenzenlose Opfer vor aller Welt die Unabwärtbarkeit der bisherigen Reparationspolitik nachzuweisen. Auf dem Weg der Opfer, Offenheit und Ehrlichkeit wollte er zum Ziel kommen. Wenn kein Notverordnungsplan diesmal besondere Schärfe anzunehmen drohte, dann nicht zuletzt durch die Schuld Hitlers. Ihm allein hat es Deutschland zu verdanken, daß es sich langsam zu Tode wählen darf. Auch hätte der Frühjahrswahlkampf viel weniger Geld und Nerven gekostet, wenn Hitler nicht vom Nachtrauf und Nachtrauf befallen wäre.

Und der Effekt dieser fortgesetzten Erregung des Landes? Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Der Najantrieb ist — das haben die letzten Jahre zur Genüge gezeigt — gleichbedeutend mit dem Abstieg des Arbeitsmarktes.

Und weil die Situation auf dem Arbeitsmarkt sich von neuem verschlechtert hat, mußte die Regierung bei der Aufstellung ihres Finanzierungsplans für die Arbeitslosenunterstützung mit einer viel größeren Arbeitslosen-Durchschnittsziffer rechnen, als sie angelegt war, und aus dieser größeren Durchschnittsziffer ergaben sich zwangsläufig neue Härten in den Notverordnungsplänen. Die Notverordnung der Papenregierung wird — man braucht kein Prophet zu sein, um das voraus zu sehen — von den Notverordnungsplänen der Brüningregierung nur gerade das übrig lassen, was die Arbeiterklasse drückt, obwohl in Lausanne Brüning's Reparationspolitik nicht mehr durchgeführt werden soll. Die Papenregierung hat ja ganz andere Pläne im Kopf. Herr Schacht, der nach Lausanne gehen soll, rüdt bereits weit ab von der Reparationspolitik der Brüningregierung.

Die neuen Herren wollen doch ein Militärbündnis mit Frankreich und Aufrüstung nach ein bißchen Krieg gegen Sowjetrußland und keine Steuern und angeblich keine Notverordnungen. Wenn sie nun trotzdem mit einer Notverordnung kommen, dann nur, weil ihnen der Abbau der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenrenten, der Löhne, der Tarifverträge — des alles hängt zusammen; es ist ja das System, das Hitler im Auftrag der Schwerindustrie mit Stumpf und Stiel zerstören soll — zu spät ist es schon in ihren Kram paßt. Das, was den Arbeitern an dem Notverordnungsplan Brüning's nicht paßt, paßt ihnen, den Hitlerbaronen, und darum sollen die Dornen und Disteln bleiben, aber soll trotzdem keine Unterstüßung launert, kein Brot gesichert werden.

Was den Baronen aber nicht gefiel, zum Beispiel das Sieblungsprogramm Brüning's zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, das wird in der neuen Notverordnung bestimmt nicht mehr aufbewahrt. Für die oßeiblichen Kräftebarone, auch für die, die total pleite sind, ist immer noch Geld da, nur für die Arbeits-

losen nicht, nur für die Rentner nicht. Wenn den Armen geholfen werden soll, dann heißt es, der Staat sei keine Wohlfahrtsanstalt. Hilfe und Rührhilfe mit Hunderten von Millionen — das sind keine Wohlfahrtsanstalten, das sind nur Maßnahmen zur Rettung der Wirtschaft! Das Meissen mit zweierlei Maß — das ist das neue System.

Das ist der Tatbestand, um den es bei den Wahlen geht, und nicht, ob sich in irgendwelcher Partei irgendwelche Leute Lumperei haben zu schulden kommen lassen. Dagegen ist keine Partei gefeit und die Nazis mit ihrer sehr zahlreichen Ehrenmännergalerie haben in moralischen Dingen am allerwenigsten Anlaß sich aufs hohe Ross zu setzen. Mit dem Skandal-Geschrei, das während in den nächsten Wochen von den Nazis noch einmal besonders kräftig angestimmt werden dürfte, soll der deutsche Arbeiter nur vor der bei der Wahl zur Entscheidung stehenden Frage: Sozialstaat oder wieder Dreiklassenstaat? abgelenkt werden, damit man ihm nach der Wahl den Strick um den Hals werfen kann.

Arbeiter wach auf, bevor es zu spät ist!

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagt in Berlin

Der Vorstand des IGB tritt am 9. und 10. Juni in Berlin zu einer Sitzung zusammen, die sich mit den Ergebnissen der Ausschuß-Sitzung des IGB in Bern befassen und die weiteren Maßnahmen beraten wird, die sich aus der vom IGB unlängst einberufenen Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Genf ergeben. Einen weiten Raum wird sodann insbesondere die Besprechung des Reparationsproblems in Zusammenhang mit dem diesbezüglichen Antrag der Arbeitergruppe auf der letzten Internationalen Arbeitskonferenz einnehmen. Außerdem steht die Besprechung des Entwurfs der Sozialpolitischen Richtlinien des IGB und eines Erziehungsprogramms auf der Tagesordnung, ferner die Fragen des Vierländerkomitees und des Anti-Arbeits-Komitees. An den Besprechungen werden alle Vorstandsmitglieder des IGB: Citrine-Großbritannien; Jacobsen-Dänemark; Souhaug-Frankreich; Leipart-Deutschland; Mertens-Belgien; Tagerle-Tschechoslowakei und der Generalsekretär Scheneels teilnehmen.

Das Krümpersystem

und die damit gemachten Erfahrungen

Durch die Oktobernotverordnung wurde der Versuch gemacht, mit dem Krümpersystem eine Erleichterung des Arbeitsmarktes herbeizuführen. Die ersten Ergebnisse dieses Versuchs liegen jetzt vor. Sie sind mehr als dürrig. Das ist nicht zu verwundern; denn der bisherige Versuch ist mit völlig unzulänglichen Mitteln unternommen worden.

Der durch das Krümpersystem ausgewechselte, feiernde Teil der Belegschaft erhält die halbe Unterstützung. Ungeklärt ist die

Vorlehrturfe für Jugendliche

und was das Bedenkliche an ihnen ist

Die Ausbildung der arbeitslosen Jugendlichen gehört zu den brennendsten sozialpolitischen Fragen. Bis haben eine Million jugendliche Arbeitslose. Jährlich kommen 600 000 junge Menschen neu von der Schule auf den Arbeitsmarkt. Damit sie nicht direkt von der Schule den Gefahren der Arbeitslosigkeit ausgeliefert werden, sollen sie — darüber sind sich Gewerkschaften, Behörden und Unternehmer einig — in sogenannten Vorlehrturfen wenigstens eine gewisse Ausbildungsmöglichkeit in den ohnehin halb stillliegenden Werkstätten erhalten. Die Vorlehre soll eine möglichst vielseitige Ausbildung sichern, z. B. in der Metallindustrie Schulung auch in einfachen Arbeiten an Schweißbrenner und an den Werkzeugmaschinen. Praktisch und theoretisch soll die Vorlehre durchgeführt werden.

Da die Vorlehre ohne jede vertragliche Bindung (Arbeits- oder Lehrverhältnis) vor sich geht, ist von freigewerkschaftlicher Seite die Befürchtung geäußert worden, daß die Vorlehre schließlich das ordentliche Lehrverhältnis ganz verdrängt. Von Unternehmenseite wird dem entgegengehalten, daß jedes Unternehmen, wenn die Verhältnisse es ihm einigermaßen erlauben, sicherlich einen ordentlichen Lehrvertrag abschließen, da nur eine gegenseitige Bindung auf längere Zeit die Möglichkeit gebe, die auf die Ausbildung verwandte Mühe im späteren Verlauf der Lehrzeit auch wieder für den Betrieb nutzbar zu machen.

Mit diesem Hinweis können die Bedenken der Gewerkschaften nicht völlig entkräftet werden. Einstweilen haben wir noch keine normalen Verhältnisse. Auf lange Zeit hinaus besteht daher die Gefahr, daß so mancher Meister die Vorlehre einfach als Ersatz für ein reguläres Lehrverhältnis betrachtet, eben weil die Vorlehre auf keinem Vertragsverhältnis beruht und also auch der Meister gegenüber dem Lehrling keinerlei rechtlich festgelegte Verpflichtungen hat. Die freien Gewerkschaften wollen nicht, daß die Vorlehre völlig in den Händen des Unternehmers liegt. Die Gewerkschaft soll den Lehrling in die Vorlehre vermitteln und ganz allgemein in die

Frage, wer die Krankenversicherung für die ausgewechselten Arbeitskräfte zu zahlen hat. Die Dauer der Beschäftigung im Krümpersystem findet Anrechnung auf die Unterstüßungsdauer. Infolgedessen fürchten die Arbeiter, daß sie in dem Augenblick, wo ihr Betrieb schließt, nicht einmal mehr Arbeitslosenunterstüßung erhalten. Unter diesen Umständen wirkt es nicht überaus beruhigend, wenn die Zahl der bis jetzt vom Krümpersystem ausgewählten Arbeitskräfte sage und schreibe nur 32 000 ausmacht. Das ist eine lächerlich geringe Zahl, vor allem wenn man bedenkt, daß in ihr auch der Bergbau einbegriffen ist, der ganz besonders für die Einführung des Krümpersystems in Frage kommen sollte.

Anträge zur Zulassung des Krümpersystems sind bis zum 15. Mai im ganzen 113 gestellt worden. Der größte Teil dieser Anträge entfällt auf Sachsen und dort vor allem auf die Textilindustrie. Nach Sachsen kommt Westfalen, dann Süddeutschland und schließlich Mitteldeutschland. In Berlin ist nur in einem einzigen Fall die Möglichkeit des Krümpersystems ausgenutzt worden. Man sieht, daß Großbetriebe noch so gut wie gar nicht vom Krümpersystem Gebrauch machen.

Wir haben hier wieder einmal ein Beispiel dafür, wie mit halben Maßnahmen ein an sich guter Gedanke und das auch noch auf dem wichtigsten Gebiet der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geradezu totgeschlagen wird.

Der Tarif der Kölner Brauereiarbeiter

ist von den Unternehmern gekündigt worden.

Sie fordern eine direkte Lohnföhrung um 7 Prozent. Die Lehrlinge sollen tünftighin außerhalb des Tarifs bleiben. Trotz der Fünftagewoche möchte man sich die Möglichkeit der neuntündigen Arbeitszeit offen halten. Alles in allem betragen die geforderten materiellen Verbesserungen einen Abbau von 25 bis 30 Prozent.

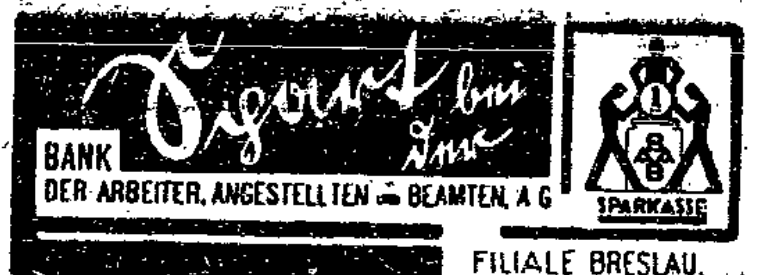
Die Kölner Brauereiarbeiter haben die Forderung der Unternehmer einstimmig abgelehnt.

10,5 Millionen Arbeitslose in Amerika

Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten beträgt nach den Schätzungen der Gewerkschaften gegenwärtig 10,5 Millionen. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen dürfte allerdings eine weit höhere sein. Da in Amerika eine behördliche Meldepflicht nicht besteht, ist es kaum möglich, annähernd richtige Zahlen über das Heer der Arbeitslosen aufzubringen. Immerhin: 10,5 Millionen Menschen ohne Arbeit im Lande des ausgeprägtesten Hochkapitalismus sind kein Kompliment für die kapitalistische Wirtschaftsform.

— und fast 3 Millionen in England

In England belief sich am 23. Mai die Arbeitslosenziffer auf 2 741 306; das bedeutet gegenüber dem 25. April eine Zunahme um 89 124 Arbeitslose. Das Inflationsexperiment und die scharfe Erleichterung der Zölle haben also die Zunahme der Arbeitslosigkeit in England nicht unterbinden können.



Der Zentralverband der niederländischen Beamten zählte, wie dieser Tage auf seinem Verbandstag in Alkmaar (Nordholland) vom Verbandsvorsitzenden festgestellt wurde, am 1. Januar d. J. 13 400 Mitglieder. Das Verbandsvermögen ist auf 182 000 Gulden gestiegen.

Für das Pfastersteingewerbe des Rheinlandes wurde ein Schiedspruch gefällt. Er sieht eine Neuregelung vor, in der sich die Löhne zwischen 1,02 Mark und 78 Pfennig bewegen. Das neue Abkommen soll bis zum 30. November laufen.

Gewerkschaftsmitglieder!

Aus Anlaß der Eröffnung des 5. Verbandstages der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands findet am Sonntag, den 12. Juni d. J., in der Jahrhunderthalle

eine große Kundgebung

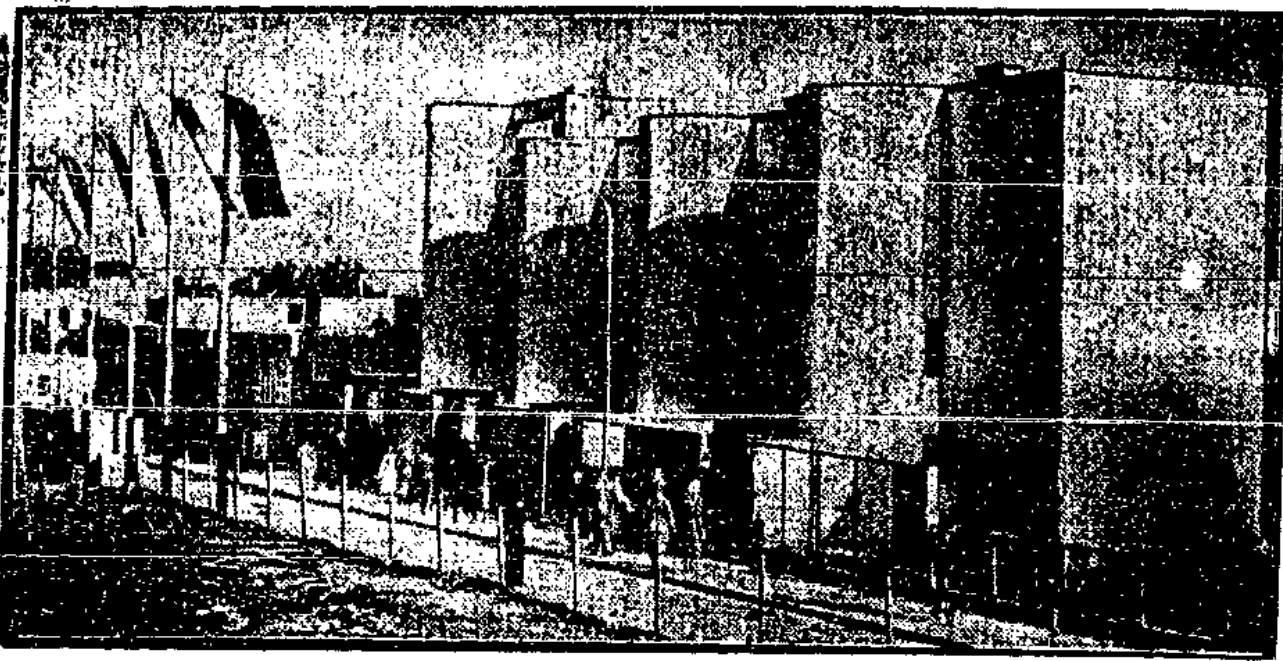
Halt, Mitwirkende: Botschafer Breslau, Otis Barfert (Orgel), Ansprache des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Reichstagsabg. Gen. Karsten (Berlin), Beginn der Kundgebung 10 Uhr.

Die Gewerkschaftsmitglieder nehmen an der Eröffnungsfest teil.

Eintrittskarten werden von den Gewerkschaften unentgeltlich abgegeben.

Organisator: Reichlicher Gewerkschaftsbund, Dr. Saas, Haupt Breslau.

Die neue Werkbund-Gartenstadt in Wien



In der Nähe von Wien ist eine moderne Gartenstadt entstanden, die der „Werkbund“ unter Mitwirkung der bedeutendsten Architekten erbaut hat. Wir geben hier eines der interessantesten Gebäude in der Werkbund-Siedlung wieder, die vor wenigen Tagen vom Bundespräsidenten Miklas eingeweiht wurde.

Unheimliche Götter

Das Paradies der Menschenhaie im Stillen Ozean

Auf einer Insel des Stillen Ozeans, die zur Tubai-Gruppe gehört, wurden Eingeborene entdeckt, die Haijäger sind.

Östwärts von Wachujett-Kiff, mitten in den warmen Strömungen des Südpazifiks, liegen kleine Felsgruppen im Stillen Ozean: die letzten Ausläufer der Südseeinseln. Selten passiert ein Dampfer diese Küsten. Es sind meist Walfänger. Die Eingeborenen kennen die schlingenden, rauchpeinenden, stampfenden Angehörigen fast nur aus der Ferne, wenn sie mit der Regelmäßigkeit des Mondwechsels vorüberziehen, im Pendelverkehr zwischen Ausland und Kalifornien.

Jetzt unberührt liegt das Land; nur auf der größten dieser Inseln leben einige Europäer: Missionare, Beamte, meist Franzosen. Als und zu wendet ein alter Segler den Kurs und hält auf eine der Inseln zu. Legt das Schiff an, so stehen die Eingeborenen, Männer, Frauen und Kinder, am Strande, tauschen höfliche Grüße ein und handeln mit dem Wenigen, was die halbe Tonne dieser Zone trägt.

Das Gratisfestmahl aus der Südsee

Fruchtbar ist das Land auf den Tubai-Inseln, fruchtbarer noch ist die See! Alljährlich steigt der Paolowurm, oder richtiger ein Teil von ihm, aus der Tiefe des Meeres empor und verhilft den Eingeborenen zu ihren großen Festmahlen. Große, lachsartige Fische können im seichten und lauen Wasser von den Strandfelsen aus mit Speeren gefischt werden. Bunte Muscheln schwemmt das Meer an die Gestade. Das Meer ist den Bewohnern dieser Eilande unergründliche Lebensspenderin. Deshalb lieben die braunen Menschen der Südsee das Wasser weit mehr noch als ihr Land. In ihren Gesängen und Tänzen, in der Musik und in ihren Lebensgewohnheiten ist der Rhythmus der See zu spüren. Sie verehren das Meer in einem primitiven Kult barbarischer Religion und erheben es zur Gottheit ihres Glaubens.

Die Menschenjäger

Fruchtbar ist die See, aber auch furchtbar zugleich! Wenn die Eingeborenen mit Netzen und Harpunen in kleinen, flinken Booten zum Fischfang hinausfahren, wenn die Segler sich der Küste nähern, dann steigen plötzlich und unvermittelt aus den Tiefen der See die grimmigsten und gefährlichsten Bestien auf, die Ozeane bergen. In Rudeln und vereinzelt sind sie plötzlich zur Stelle, heulte witternd und ungerufen, die Blau- oder Menschenhaie! Unermüdet, hungrig, in tagelanger Wanderung durch die lange Dünung des Ozeans, verfolgen sie die sich der Küste nähernden Schiffe, die Fischerflotten der Eingeborenen. Stetig umlauert sie ihre Beute und ziehen weite, unregelmäßige Kreise am Schiffe und Boote. Wie ein Warnungsschiff ragt überall die schwarze, dreieckige Rückenfinne aus dem Wasser heraus, feindliche Spritzegel vorm Winde, jedem Beobachter sofort den Standort der gefährigen Tiere verratend.

Gefräßige Gottheiten

Diese Haie, die das Meer immer und immer wieder gegen die Menschen ausspeien, sind auf einigen der Tubai-Inseln Gegenstand höchster religiöser Verehrung geworden. Kürzlich wurde hier eine der merkwürdigsten Sekten, die die Menschengefräßigkeit kennt, entdeckt: die sogenannten Raubhaie- oder Haiandeter. Diese Sektierer verehren die Hyänen des Meeres abgöttisch. Einmal im Monat werden den unheimlichen Gottheiten Opfer dargebracht. Den Mitgliedern dieses religiösen Bundes ist es untersagt, auch bei Lebensgefahr einen Hai anzugreifen oder gar zu töten. Mit fanatischem Eifer werden den Haien Tieropfer, meist

Hunde und Schweine, vorgeworfen; in früherer Zeit fielen auch zahlreiche Menschenleben dem Harnahn der Eingeborenen zum Opfer. Die Sekte besitzt eine größere Macht über ihre Anhänger, als sie wohl jemals eine kirchliche Institution gehabt hat.

Haifisch-Amulette, der kommende Modehype?

Amulette von Haifischhänen und Knochen stehen hoch im Preise. Vor allem dann, wenn sie der Schamane bei den nächtlichen Opferfesten geweiht hat. Eingeborene, die durch den Biss eines Haies verletzt worden sind, genießen sehr hohes Ansehen, sie spielen oft die Rolle von Aposteln. Natürlich bekommt der eigenartige Kult der Haifischandeter den Haifischen sehr gut. Um die Inseln wimmelt es von dreifischen Haien. Während der Opfertage finden große Prozessionen am Strande statt, vor dem Mannbarkeitsfeste werden besonders reichliche Tieropfer ins Meer geworfen und damit die „heiligen Haie“ gefüttert. Der Kult erinnert lebhaft an die Behandlung der Abgottkrieger in Ägypten, oder an den weit harmloseren der heiligen indischen Kühe. Oft ist es passiert, daß bei den Tänzen am Strande einer der fanatisierten Tänzer plötzlich ins Wasser fiel, um nie wieder zurückzukehren. Die „heiligen Haie“ hatten es vorgezogen, ihn zu verschlingen!

Heute ist das Auftauchen der Haiandeter im Rahmen unserer Kultur eine „Sensation“. Wie lange aber wird es noch dauern, bis dieser Kult ein lobnendes Gehäuf für die Industrie von Talmisuriosa geworden ist? Haifischamulette, „Made in USA.“ Auch die „Götterdämmerung“ der Tubai-Haie ist nur noch eine Frage der Zeit!

Falschgeldherstellung

bei Radiomusik

Gegen den Berliner Kaufmaler und Graphiker Walter Bahl, der, wie mitgeteilt, in der vergangenen Woche als Falschmünzer großen Formats verurteilt wurde, sowie gegen seine Ehefrau hat der Untersuchungsrichter nunmehr Haftbefehl erlassen. Beide werden nach Mosabit übergeführt werden.

Im Laufe der weiteren kriminalpolizeilichen Ermittlungsarbeit haben sich Einzelheiten über die Arbeitsweise des Fälschers ergeben. Die Beamten der Falschgeldstelle ermittelten, daß sich die Eheleute Bahl eine Hauskloster hielten. Das Mädchen, das sich vor kurzem verheiratet hatte, wurde verhört und erzählte folgendes: Walter Bahl hatte in jedem Zimmer seiner kleinen Wohnung einen Radioapparat zu stehen. Er pflegte meist im Schlafzimmer zu „arbeiten“, ohne daß das Mädchen eigentlich wußte, was Bahl dort tat. Einmal war es ihr passiert, daß sie in das Zimmer trat, ohne anzuklopfen. Gleich wurde sie von Bahl angefahren und förmlich hinausgeworfen. Der Fälscher hatte in der ersten Zeit die Gemächlichkeit, das Schlafzimmer hinter sich abzuschließen, wenn er sich dort beschäftigte. Später aber ließ er das fallen, weil er wußte, daß das junge Mädchen absofort nicht neugierig war.

Häufig geschah es nun, daß dem Fälscher die Tanzmusik im Radio nicht laut genug war, bzw. sein Apparat im Zimmer nicht stärker aufzubrechen ging. Er veranlaßte in solchen Fällen seine Frau, ihm aus einem Bunde vorzulesen! Das alles geschah natürlich, um verdächtige Geräusche bei seiner Fälscherei zu unterdrücken. Frau Bahl behauptet nun, wie vor, von den Fälschungen ihres Mannes nichts gewußt zu haben, obgleich sie doch im Zimmer war, wenn er arbeitete und ihm laut vorlesen mußte! Bei einer Durchsicherung der Wohnung in der Lüderitz-

straße fanden die Beamten der Falschgeldstelle eine Filmkamera, die etwa 50 Aufnahmen zuließ, und eine Rolle im Umfange von einem Quadratmeter, in der sich drei vollene Bände befanden. Diese hatte Bahl untergelegt, wenn er arbeitete und die Filmkamera benutzte, um seine 10-, 20- und 50-Mark-Scheine herzustellen.

Fünf Millionen Zloty

für wertlose Aktien

Der polnische Großgrundbesitzer, besonders die hochgestellten Herrn mit den gräflichen Titeln, kümmern sich um ihre Güter — was ja wohl auch in anderen Ländern vorkommt — herzlich wenig. Alles wird dem Inspektor und dem jüdischen Faktor überlassen. Der erstere ist der Fachmann, wenn es sich um die Bebauung des Aders handelt, und hat auch die Viehzucht zu beaufsichtigen, und der zweite hat den Handel und die Geldgeschäfte zu besorgen. Er muß stets so viel Geld bereit halten, wie viel der „jasniepan“ anfordert. Fürst Radziwill hat mit seinem Moses Simon Gluck gehabt, wofür er ihn kürzlich mit einem Orden auszeichnete, da sein Moses ein ehrlicher Kerl war, der mehr seinem Herrn als sich selbst gedient hat. Weniger Gluck hatten die beiden Grafen, Potocki und Plater. Diese gräflichen Herren haben auch jüdische Handelsmänner gehabt, und zwar die Brüder Wladislaw und Moses Meupow. Die Güter der beiden Aristokraten sind so groß und die Einkünfte so hoch, daß sie im Gelde förmlich schwimmen. Sie faßten daher den Entschluß, neue große Güter zu erwerben, und erteilten den Auftrag den beiden Brüdern Meupow, entsprechende Transaktionen durchzuführen.

Für die beiden Grafen fand sich auch bald ein großartiger Kauf, der sehr günstig war. Gebrüder Meupow, die da Beschäftigten wußten, daß die Herrn Grafen vom Handel, Kauf und Verkauf, als auch von Aktien, nicht die geringste Ahnung hatten, boten den beiden Grafen die Aktien der Spolka Akcyjna (Aktiengesellschaft) „Ludwipol“ an und erzählten den Grafen, daß „Ludwipol“ große Industriebetriebe sein eigen nenne und außerdem noch große Landbesitzungen in den östlichen Gebieten aufzuweisen hat. Man wurde bald handelseinig, und die Herren Grafen zahlten jeder je 1 200 000 Zloty Bargeld auf die Aktien ein und für den Rest, das ist für 3 600 000 Zloty, stellten sie Wechsel aus.

Erst später haben die beiden Grafen erfahren, daß sie ein Luftgeschäft gemacht haben, weil die Firma „Ludwipol“ überhaupt nicht registriert war. Sie erhalteten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, aber das Geld ist weg.

Niesensumpf Devaheim

Im Devaheimprozeß beschäftigte man sich am Dienstag weiterhin mit der Zuteilung der Spargelder. Dieses Kapitel der Devaheim-Wirtschaft ist besonders dunkel. Die Anklage stellt fest, daß die Zuteilung der Spargelder nicht nur ordnungswidrig erfolgte, sondern daß auch in vielen Fällen Zuteilungen an Personen erfolgten, die überhaupt keine Darlehensansprüche hatten. Diese üblichen Manipulationen mit dem Gelde der Armen geschahen mit Hilfe fingierter Verträge, bei denen die Einzahlung durch Belastung anderer Konten buchmäßig „in Ordnung ging“. Auch mit dem System der Schlüsselzahlen ließ man den schlimmsten Mißbrauch; die Protektions- und Wetterwirtschaft schenkte den Vertrauten unverdiente Beträge zu. Wie das gemacht wurde, zeigt ein Beispiel: die Heimstättenbank hatte auf Anweisung des famosen Pastors Cremer und des „Generaldirektors“ Zeppel dem Bankhaus Hennings & Co. eine Zahlung in Höhe von 268 000 Mark zugeführt. Die Zahlung war unzulässig. Die Anklage behauptet nun, daß Zeppel und Cremer versucht hätten, durch einen fingierten Sparvertrag eine Darlehensvermittlung für Hennings & Co. zu konstruieren, um so ein illegales Geschäft legal zu machen. Auf diese Weise gingen die Millionen der armen Sparer vor die Hunde und Herr Pastor Cremer gab dazu nicht nur seinen höchst unchristlichen Segen, sondern beteiligte sich auch aktiv an den Schiebung.

Der Muttermörder verhaftet

Der Muttermörder Ludwig Schöb, der durch sein graufiges Paket am Montag die französische Posthaft in größte Aufregung verlegt hatte, konnte am Dienstag vormittag in einem Hause in der Wallstraße in Berlin festgenommen werden. Der geistesfranke Mörder, der bereits seit Tagen umherirrte, hatte sich in die Wohnung des Justizrats Dr. Guitmann begeben. Die Tochter des Justizrats ließ Schöb im Flur warten und benachrichtigte die Mordinspektion. Der geistesfranke Mörder wird am Mittwoch in eine geschlossene Anstalt bei Lübeck überführt werden.

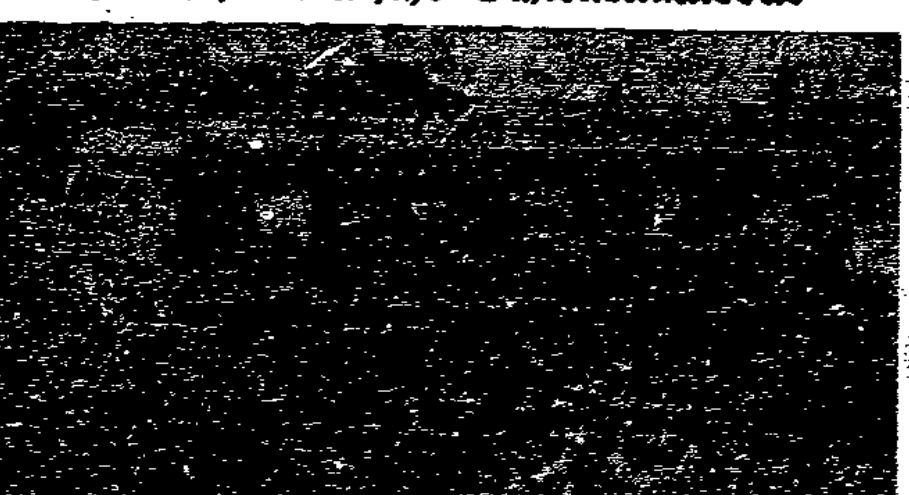
Die Staret-Baldoners

Im Staretprozeß wurden am Dienstag die Baldoners fortgeführt. Rechtsanwalt Braubach sprach für den angeklagten früheren Bürgermeister Kohl-Copenid. Er richtete scharfe Angriffe gegen den Oberstaatsanwalt, dem er eine tendenziöse Behandlung der Prozeßmaterie zum Vorwurf machte. Der Rechtsanwalt beantragte für seinen Klienten Freispruch, da seine Vergehen nicht strafrechtlicher Natur seien.

Urteil im Fiehm-Prozeß

Im Gubener Giftmordprozeß gegen die Lehrersfrau Fiehm und ihre Mutter, Frau Labewitz, wurde am Dienstag in den letzten Abendstunden das Urteil gefällt. Das Schwurgericht verurteilte die beiden angeklagten Frauen wegen gemeinschaftlichen Mordes an dem kleinen Stiefsohn der Frau Fiehm zum Tode. Frau Fiehm erhielt außerdem wegen versuchter Anstiftung zum Mord und wegen versuchten Totschlags 1½ Jahre Zuchthaus.

Der erste deutsche Schienenautobus



Ist auf der Strecke Soltau-Amelingshausen im hannoverschen eingestelltes worden. Das Fahrzeug hat das Aussehen eines gewöhnlichen Ueberlandautobus, unterscheidet sich aber von diesem durch das Überdachungsgestell und durch die Motoren, die so angeordnet sind, daß je einer vorn und hinten sich am Wagen befindet. Diese doppelte Anordnung der Motoren bietet den Vorteil, daß das Fahrzeug nicht zu wenden braucht. Der Omnibus hat 34 Sitz- und 15 Stehplätze und entwickelt eine Stundenleistung von 45 Kilometer.

Neue Abenteuer der Spitzmaus und der Bitternase

Von G. Th. Notman



21.
Am nächsten freien Nachmittage wollte ich die Bitternase wieder um drei Uhr abholen; um diese Zeit war sie meistens mit der Arbeit fertig. Aber wie ich auch klingelte, die Haustüre wurde nicht geöffnet. Darum schlenderte ich zur Hinterseite des Hauses und pff!

22.
Sofort wurde oben ein Fenster geöffnet und die Bitternase steckte den Kopf heraus. „Ich habe Hausarbeit!“ rief sie, „die Spitzmaus ist nicht zu Hause und hat mich hier ins Zimmer eingeschlossen. Darum konnte ich auch nicht aufmachen!“ Ja, das war schlimm!

